

DIE

O. PJATNIZKI

# KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN IN AKTION

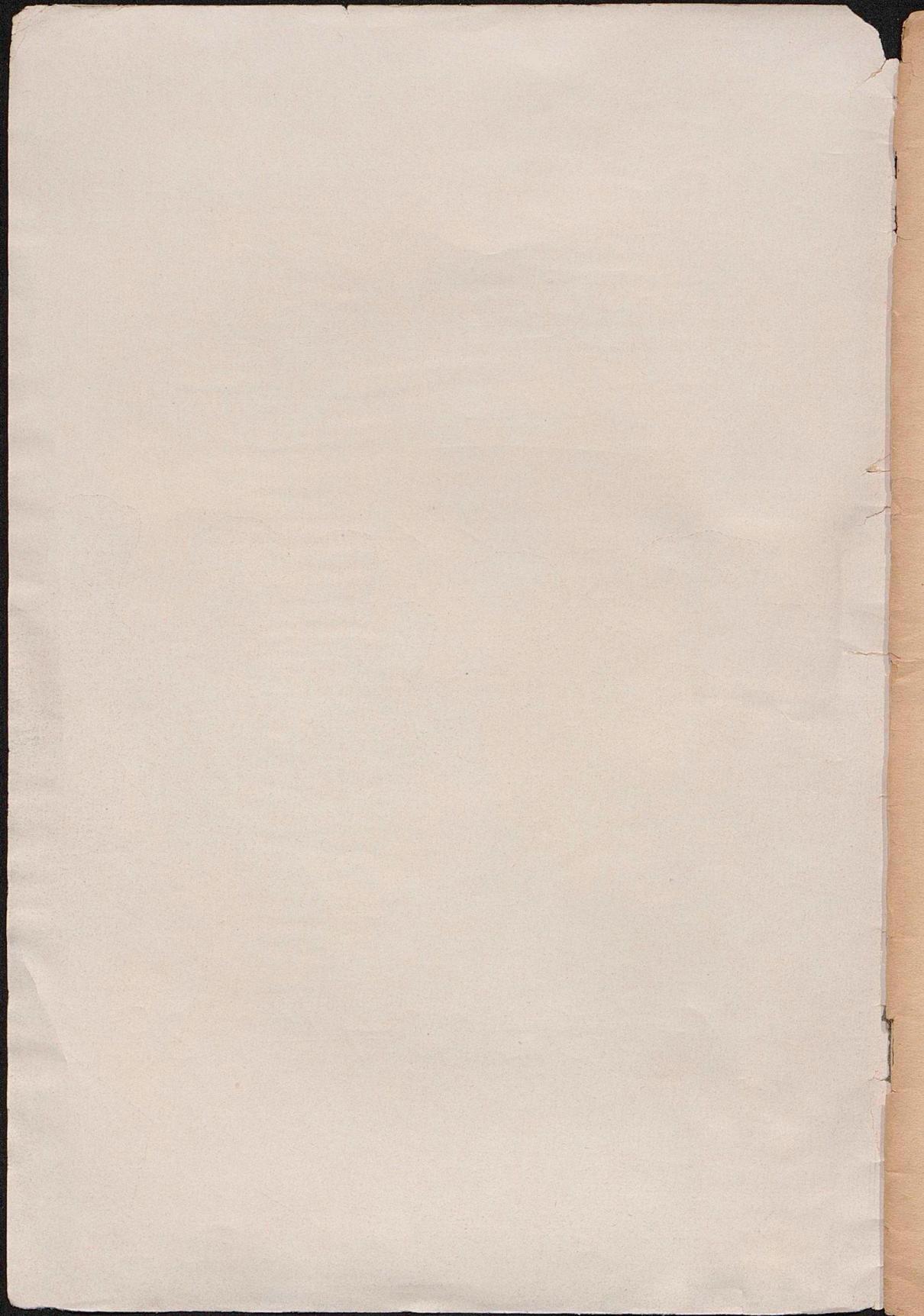


Die K...  
die U...  
wach...  
der kommunistischen Parteien und  
ungenügenden Verankerung des  
schen Einflusses der KI-Sektionen

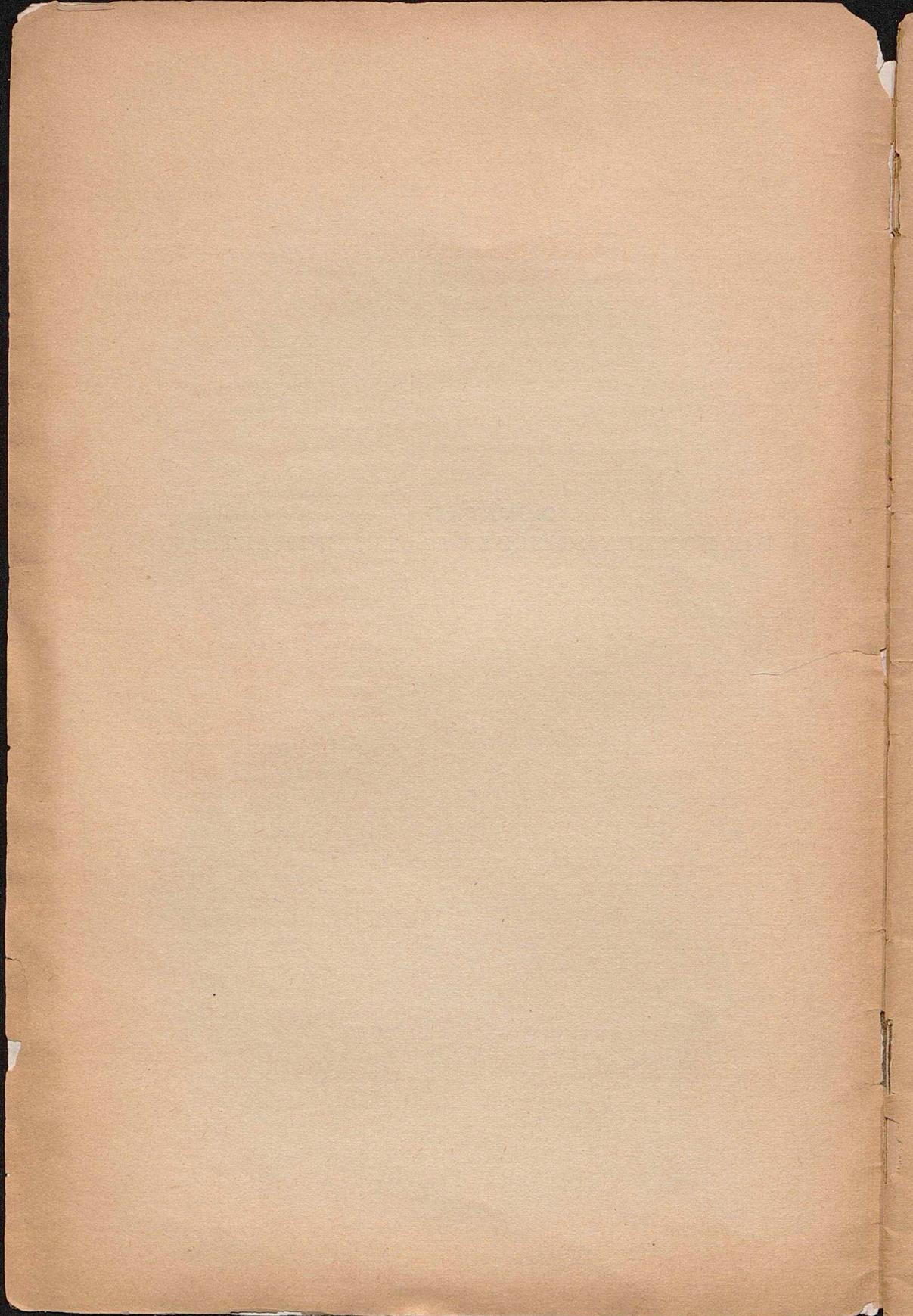
80

40076

1966



O. PJATNIZKI  
DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN IN AKTION



O. PJATNIZKI

DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN  
IN AKTION

Die Konsolidierung der Kommunistischen Parteien und  
die Ursachen der ungenügenden Verankerung  
des wachsenden politischen Einflusses  
der KI-Sektionen

---

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER  
HAMBURG — BERLIN

38/80/40076(4)

Flr

Masterfiche  
vorhanden



Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks und der Uebersetzung, vorbehalten. Copyright 1930 by CARL HOYM NACHF.  
Louis Cahnbley, Hamburg-Berlin NW 6.  
Für den Inhalt verantwortlich P. Dietrich, Berlin.  
Druck: Peuvag, Leipzig

# I

In der zwischen dem 15. und 16. Parteitag der KPdSU verfloßenen Zeit haben die KI-Sektionen und folglich auch die Komintern ihren Einfluß auf die breiten Arbeitermassen erweitert und vertieft. Dies gilt auch für die kolonialen und halbkolonialen Länder. Im Laufe dieser Jahre wurden in den Ländern Zentral- und Südamerikas sowie in einigen Kolonien neue kommunistische Parteien geschaffen. Die KI-Sektionen sind organisatorisch und ideologisch erstarkt, haben die Taktik „Klasse gegen Klasse“ eingeschlagen und durchzuführen begonnen. Die KI-Sektionen begannen auch in jenen Ländern, wo es keine roten Gewerkschaften gibt, selbständige Wirtschaftskämpfe zu organisieren und zu führen. Endlich fällt in diese Zeit zwischen den zwei Parteitagen der KPdSU der gewaltige Fortschritt des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR sowie ein Aufschwung der revolutionären — und der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt, was zur völligen Liquidierung des Trotzismus innerhalb der Sektionen, zur Durchführung eines erfolgreichen Kampfes gegen die Rechten und Versöhner sowie gegen die Vertreter der „links“-sektiererischen Abweichungen in den Parteien und in der KJV sowie zur Konsolidierung der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder beigetragen hat. Dieser Kampf, der von einer Diskussion über die wichtigsten Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären und der Arbeiterregierung begleitet war, hat die KI-Sektionen ideologisch gefestigt, organisatorisch fester zusammengeschlossen und damit ihre Kampffähigkeit gesteigert.

An erster Stelle unter allen Sektionen der kapitalistischen Länder steht in diesem Kampfe die KPD, die eine der bestorganisierten Parteien ist, die größte Mitgliederzahl aufweist, in der Arbeiterklasse die stärksten Wurzeln geschlagen und breite Massen unter ihre Führung gebracht hat. Sie hat verhältnismäßig rasch mit Hilfe einer Aufklärungskampagne und entsprechender organisatorischer Maßnahmen den Brandlerismus zerschlagen, das Versöhnertum (Ewert u. a. m.) überwunden und führt den Kampf gegen den Opportunismus in der Praxis, wenn auch nicht so energisch und systematisch, wie es notwendig wäre, gegen das „linke“ Sektierertum und die „revolutionäre“ Phrase im KJV und in der Gewerkschaftsopposition (Merker). Dank diesem erfolgreichen Kampf hat es die KPD 1930 vermocht, in einer großen Anzahl von Groß- und Mittelbetrieben (über 1000) bei den Betriebsrätewahlen eine selbständige Taktik durchzuführen und den Wirtschaftskampf des Proletariats selbständig zu leiten (Ruhr, Mansfeld usw.). Dabei hatte sie einen bedeutend geringeren Widerstand des unteren Parteiaktivs zu überwinden als 1929.

Die KPD ist geschlossener und disziplinierter geworden. Keine verleumderischen Tricks der Bourgeoisie und Sozialdemokratie sind mehr imstande, die Reihen der Partei ins Schwanken zu bringen. Die gegenwärtige Leitung der

KPD steht in der Partei in viel höherem Ansehen, als die früheren Leitungen vor dem Beginn des Kampfes gegen die Renegaten (Brandler usw.) und vor der Anwendung der Taktik der selbständigen Führung der Kämpfe.

Die Mängel der Parteiarbeit in Deutschland werden noch behandelt werden.

Was die Versöhnler anbetrifft, so sind die einen zu den Rechten übergegangen, während ein anderer Teil (Ewert, Eberlein u. a. m.) seine Fehler eingesehen und vor der Partei kapituliert hat.

Die Renegaten — Brandler, Thalheimer u. a. m. — führten einen erbitterten Kampf gegen die KPD, sie suchen die Führung selbständiger Kämpfe zu verhindern, liefern der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie verleumderisches Material gegen die Partei, unterstützen die Reformisten bei Streikbewegungen, gehen bei Betriebsrätewahlen und in den Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie zusammen.

In der KP Frankreichs hat sich aus alten sowie aus jungen, aus dem KJV hervorgegangenen Kadern eine energische und starke Leitung herausgebildet, die bei den Parlamentswahlen 1928 die Taktik „Klasse gegen Klasse“ sowie den Kampf gegen die Rechten erfolgreich durchgeführt hat. Sie hat jedoch in ihrer Arbeit zahlreiche Fehler begangen. Sie führte einen ungenügend energischen Kampf gegen das „linke“ Sektierertum und die „revolutionäre“ Phrase, deren Anhänger in Frankreich zahlreich genug sind. — Näheres darüber siehe weiter unten.

In der KP Polens gab es bis zum 10. EKKI-Plenum (Sommer 1929) faktisch zwei Fraktionen mit eigenen Zentralleitungen. Die Parteiorganisationen waren geteilt in Anhänger der einen oder anderen Fraktion. Ein großer Teil der Parteikräfte wurde nicht in den Dienst des Kampfes gegen Bourgeoisie und PPS gestellt, sondern diente dem Kampf der Fraktionen untereinander. Nunmehr hat sich die KP Polens mit Unterstützung des EKKI eine Leitung gegeben, um die sich alle Ortsparteiorganisationen des eigentlichen Polens, Westweißrußlands und der Westukraine zusammengeschlossen haben, obwohl die Ueberreste des Fraktionswesens noch nicht überall überwunden sind. Die Partei, vom langjährigen und häufig prinzipienlosen Fraktionskampf erlöst, ist förmlich aufgelebt. In der letzten Phase des Fraktionskampfes traten große Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Rolle der PPS zutage, die dazu beigetragen haben, von der Gruppe Kostrzewa und Stefanskis, die zum Sprachrohr der rechten Abweichung in der KP Polens geworden war, ihre ehemaligen Anhänger loszulösen und sie der gegenwärtigen Leitung anzuschließen. Die KP Polens leistet in einer höchst komplizierten Situation, an einem wichtigen Abschnitt der internationalen revolutionären Front unter illegalen Bedingungen und einem ungeheuerlichen Terror seitens der PPS und der Pilsudski-Leute eine große Arbeit. Sie hat auf das Proletariat ganz Polens den größten Einfluß, aber gleich anderen Sektionen versteht sie es nicht, ihren wachsenden politischen Einfluß organisatorisch zu verankern.

Das ZK der KP Englands war in seiner früheren Zusammensetzung, bis Herbst 1929, seinen Aufgaben gewachsen, nämlich solange die Arbeit der KP hauptsächlich agitatorischer Natur war, als vor ihr noch nicht die Aufgaben der unmittelbaren Leitung des politischen und des Wirtschaftskampfes standen. In dieser Periode kritisierte die KP in ihrer mündlichen

und Presseagitation die Politik der Trade-Unions in der Labour Party, unterstützte sie aber zugleich bei Parlaments- und Gemeindewahlen, stellte ihr keine selbständigen Kandidaturen und keine eigenen Listen entgegen, unterstützte den Generalstreik, der von ihnen geführt wurde, sowie den Bergarbeiterverband während des Bergarbeiterstreiks 1926, trieb die Bewegung an, ohne eine selbständige Führung des Streikkampfes anzustreben.

Nachdem der Generalrat und die Labour Party diese beiden Streiks verurteilten, das Antigewerkschaftsgesetz und den Lohnabbau für die Eisenbahner kampflos angenommen haben, nachdem die Gewerkschaftsbürokratie bei der Durchführung der verräterischen Politik des „Industriefriedens“ offen zu einem Teil des Staatsapparats, die Labour Party aber unter erbitterter Verfolgung von kommunistischen und revolutionären Arbeitern und Ausschluß derselben aus ihren Reihen, ihrer organisatorischen Struktur nach zu einer gewöhnlichen sozialdemokratischen Partei geworden ist — wurde die Durchführung der Taktik „Klasse gegen Klasse“ zu einer dringenden Aufgabe des Tages. Diese Taktik setzte voraus, daß die KP als selbständige Partei mit eigenem Programm, mit eigenen Kandidaten gegen die Labour Party bei den Wahlen auftritt, und bestrebt ist, den Wirtschaftskampf unabhängig von den trade-unionistischen Bürokraten und gegen sie zu führen. Die Frage der Wendung in der Taktik der KP, die auf dem 9. EKKI-Plenum mit aller Schärfe gestellt wurde, rief seitens der Mehrheit des ZK der KPE erbitterten Widerstand hervor. Erst in der Plenarsitzung, als die Vertreter des ZK der KPE die Einmütigkeit sämtlicher Parteien in dieser Frage sowie die Tatsache konstatieren mußten, daß sich im ZK der KP Englands selber eine Minderheit herausgebildet hatte, die erklärte, daß sie für die neue Taktik stimmen wird, beschlossen sie, sich für sie auszusprechen. Die Praxis hat gezeigt, daß das frühere ZK die neue Taktik nicht verstanden hat und auch nicht durchführen wollte, es versuchte, sie mit der alten Taktik zu verbinden, und desorganisierte so die Partei. Dabei beging das ZK eine Reihe opportunistischer Fehler und das Resultat war, daß die KPE über die Hälfte ihrer Mitglieder verlor und ihr Einfluß unter dem Proletariat, den sie durch ihre ausgezeichnete Arbeit während des General- und des Bergarbeiterstreiks erobert hatte, zurückging. Das ZK klärte weder die Mitgliedschaft noch die Massen über die Notwendigkeit der neuen Taktik auf, es leistete keine Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit des gleichzeitigen Kampfes sowohl gegen die Konservativen als auch gegen die Labour Party, so daß die Arbeiter für den Macdonald-Kandidaten stimmten, da sie befürchteten, durch Abstimmung für selbständige kommunistische Kandidaturen, durch Verhinderung der Wahl der Labour-Kandidaten die Macht im Staate wiederum den Konservativen auszuliefern. Das EKKI übte am ZK der KPE eine energische Kritik wegen dessen opportunistischen Fehlern. Nach Erörterung des Offenen Briefes des EKKI verlangten die Parteimitglieder und -organisationen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag. Dieser erörterte die politische Linie des ZK und wählte ein anderes ZK, das zum größten Teil aus neuen Elementen bestand. Das gegenwärtige ZK ist noch schwach, aber es führt eine im großen und ganzen richtige Linie durch. Seit dem 1. Januar gibt es eine Tageszeitung heraus, führt eine energische Kampagne gegen die „Arbeiter“-regierung, entlarvt ihren Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse sowie

ihre Politik der Knechtung der Völker Indiens, Palästinas, Aegyptens und anderer Kolonien, beteiligte sich aktiv an der Führung des Streiks der Wollarbeiter und an ihrem Kampf gegen die Aussperrung.

Die Teilnehmerzahl der Demonstrationen, die von der Partei am 6. März und 1. Mai 1930 organisiert wurden, sowie die Besucherzahl der von ihr einberufenen Meetings zeigt, daß die Partei ihren Einfluß in den Massen erweitert. Sie hat auch bereits die ersten Schritte zur Steigerung ihrer Mitgliederzahl und zur Verankerung ihres Einflusses getan.

Die KP der Tschechoslowakei ist aus ihrem Kampf gegen die Renegaten zwar numerisch bedeutend geschwächt, aber innerlich gefestigt und mit erstarkter Kampffähigkeit hervorgegangen. Nach dem imperialistischen Krieg und dem Zusammenbruch der II. Internationale hatten in der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei die Anhänger der Kommunistischen Internationale die Mehrheit erlangt. Nachdem die Anhänger der II. Internationale die Sozialdemokratische Partei verlassen hatten, schloß sich die Mehrheit der KI an. Somit besteht die KPTsch in ihrer übergroßen Mehrheit aus ehemaligen Sozialdemokraten, die im Bürgerkrieg keine Erfahrungen sammeln konnten, die daher ihre sozialdemokratischen Traditionen auf alle Gebiete der Parteiarbeit übertrugen. Die Partei kann sich deshalb von ihnen nur sehr langsam befreien. Das EKKI hatte sich mehrfach mit der Frage der KPTsch zu beschäftigen und ihre bedenklichen rechten Fehler, die manchmal mit ultralinken abwechselten, zu berichtigen. Parteiversammlungen wurden nur selten einberufen, Parteimitglieder nicht in die Arbeit hineingezogen. Diese Arbeitsmethode und die Passivität der Parteimitglieder stammen noch aus der sozialdemokratischen Partei. Diese Traditionen und Gewohnheiten haben der ganzen Arbeit der KPTsch ihren Stempel aufgedrückt.

Vor dem 6. Kongreß bezifferte die KPTsch ihre Mitgliederzahl auf zirka 150 000, was aber angesichts des Fehlens von Betriebszellen sowie eines lokalen Parteiparats nur schwer auf seine Richtigkeit hin geprüft werden konnte. Unter dem Einfluß der KPTsch standen die Roten Gewerkschaften, mit dem „Kommunisten“ Hais an der Spitze, sie hatten bei ihrer Entstehung etwa 200 000 Mitglieder. Die Leitung der KPTsch, die sich als „linke“ bezeichnete und im Kampfe gegen die rechten Renegaten (Bubnik u. a. m.) die Mehrheit erhalten hatte, erwies sich in Wirklichkeit als durch und durch opportunistisch verseucht. Sie setzte in Prag einen roten Protesttag gegen das Verbot der Spartakiade revolutionärer Sportler fest und forderte die Arbeiter aus der Provinz auf, zu kommen. Im letzten Augenblick wurde der Rote Tag von der Polizei verboten. Trotz des Verbots, trotz der gänzlichen Passivität der Prager Kommunisten erschienen die Arbeiter in den Prager Straßen, aber die Leitung der Partei und der Prager Organisation fehlte — wie darf man auch gegen ein Polizeiverbot verstoßen? Nach diesem Tag verlor die Partei einen Teil ihres früheren Einflusses in der Arbeiterklasse, mit der sie bisher eine enge Fühlung gehabt hatte. In den Parteiversammlungen begann man, das ZK und die Parteileitung zu kritisieren. Der Offene Brief des EKKI über die Aufgaben der KPTsch wurde unter der Parteimitgliedschaft eingehend erörtert. An der Spitze der Gewerkschaften, der Genossenschaftsorganisationen, der Zeitungen und der

Parteiunternehmen (Druckerei, Gebäude, Verlag usw.) standen damals eingefleischte Rechte, die von der „linken“ Leitung auf ihren Plätzen belassen waren. Der Parteitag Februar 1929 wählte ein neues ZK, dem nur wenige Mitglieder der alten Parteileitung angehörten und dessen Kern aus Arbeitern bestand, die sich im Kampf gegen die Rechten hervorgetan hatten. Daher begannen die Renegaten, unter der Führung des „linken“ Jilek, gleich nach dem Parteitag alles an sich zu reißen, was nur möglich war: sie raubten die Parteizeitungen in Kladno und Reichenberg, die Druckereien und Gebäude in Kladno, Reichenberg und Prag usw. 26 Parlamentsmitglieder schlossen sich um das neue ZK zusammen. Die Mehrzahl der Roten Gewerkschaften, mit der Mehrzahl der Mitglieder, sprach sich gegen Hais und für die KPTsch aus. Hais spaltete auch die Roten Gewerkschaften und bemächtigte sich ihrer materiellen Mittel. Der Staatsapparat stellte sich natürlich auf seine Seite. Es gelang ihm, 25 000 Mitglieder vom Chemie- und Textilarbeiterverband abzuspalten. Nach der Säuberung von den rechten Renegaten gelang es der KPTsch trotz Polizeiverbot, eine Reihe von Demonstrationen zu organisieren (1. August 1929, 6. März 1930 u. a. m.). Die Roten Gewerkschaften organisierten und führten eine Reihe von Streiks, davon einige mit Erfolg für die Arbeiter durch. Bei den letzten Parlamentswahlen (1929) erhielt die KPTsch trotz der eben überstandenen inneren Parteikrise 752 737 Stimmen (1925: 933 711 Stimmen). Obwohl die rechten Renegaten in mehreren Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellten, wurde keiner von ihnen gewählt. Viele Renegaten forderten die Arbeiter auf, für die Sozialdemokratie zu stimmen (die von der KP verlorenen Stimmen sind hauptsächlich der Sozialdemokratie zugute gekommen). Unsere Partei hat zahlreiche Mitglieder verloren und zählt heute, Mai 1930, 35 593 zahlende Mitglieder, als registriert kann man aber zirka 25 Prozent mehr annehmen.

Obwohl die Mitgliederzahl der Roten Gewerkschaften zurückgegangen ist, die Renegaten einige Zeitungen an sich gerissen haben und die Partei bei den Wahlen eine gewisse Stimmenzahl verloren hat, ist sie trotzdem geschlossen und kampffähig aus der Krise hervorgegangen, was sie früher nicht war, denn sie unterschied sich früher nur wenig von der Sozialdemokratie. Die KPTsch beginnt bereits die in der Arbeiterklasse verlorenen Positionen zurückzuerobern, sie muß jetzt einen Kampf gegen die außerhalb der Partei stehenden Renegaten führen, gegen die rechte Abweichung in der Praxis, gegen das „linke“ Sektierertum und die „revolutionäre“ Phrase, die eine Reaktion gegen den unglaublichen Opportunismus der alten Parteileitung ist. Es rücken neue Kader auf, manche Bezirksorganisationen (Mährisch-Ostrau u. a.) beginnen, eine verstärkte revolutionäre Massenarbeit zu entfalten.

Die K P A m e r i k a s. Die Lage in den Vereinigten Staaten Nordamerikas ist eine eigenartige: stärkster Kapitalismus und zugleich eine Arbeiterbewegung von allergeringstem Organisationsgrad. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen. Eine von ihnen, und zwar eine wesentliche, ist die Ungleichartigkeit des Proletariats. Die Arbeiter Amerikas rekrutieren sich aus allen Nationen der Welt. Die Arbeiter der angelsächsischen Nation bilden nicht die Mehrheit des Proletariats. Außerdem zerfällt die Arbeiterklasse in die weiße und schwarze Rasse; unter den weißen Arbeitern aber

herrscht unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie und Presse ein starker Chauvinismus, der sich sogar in den Reihen der KP Amerikas widerspiegelt. Die, verschiedenen Nationalitäten angehörenden, nach Amerika ausgewanderten Arbeiter sind nicht alle in gleicher Weise für die Vereinigung in gesamtamerikanischen Klassenorganisationen der Arbeiter zu haben. Millionen von Arbeitern beherrschen, obwohl sie viele Jahre bereits in Amerika leben, die englische Sprache nicht. Die Führer der verschiedenen nationalen Organisationen, u. a. auch der sozialdemokratischen und sogar kommunistischer, bilden unter den Arbeitern der verschiedenen Nationalitäten ihre besonderen nationalen Organisationen, ihre eigenen Genossenschaften, Versicherungskassen, Klubs, Zeitungen usw. Die Mehrheit der Arbeiter der verschiedenen Nationen ist vom politischen Leben der Vereinigten Staaten nicht erfaßt, was der amerikanischen Bourgeoisie sehr zustatten kommt, die diese engen nationalen Tendenzen unterstützt und kultiviert. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AFL) — eine reaktionäre, in starkem Grade faschistische Gewerkschaftsorganisation, die nicht einmal der Amsterdamer Internationale angehört, weil sie diese für zu radikal hält — hat diese Tendenzen der nationalen Sektionen in umfassender Weise ausgenützt und hat den niedrig bezahlten — somit den gering qualifizierten — Arbeitern den Zutritt zu ihren Gewerkschaften durch die Einführung sehr hoher Mitgliedsbeiträge gesperrt. Dem amerikanischen Gewerkschaftsbund gehören die hochbezahlten qualifizierten Arbeiter an, in der Hauptsache die Arbeiteraristokraten.

Für die Kommunistische Partei ist unter den vielen Millionen des zu verschiedenen Zeiten nach den USA ausgewanderten Proletariats der verschiedenen Nationalitäten und auch unter den Negern, die fast gar nicht gewerkschaftlich organisiert sind — ein noch ganz unberührtes riesiges Arbeitsgebiet vorhanden. Bis zum 7. Plenum des EKKI bestand die amerikanische Kommunistische Partei noch aus einer Föderation von 19 nationalen kommunistischen Parteien — einer deutschen, italienischen, finnischen, russischen usw. —, die alle eigene Parteitage abhielten und eigene Zentralkomitees hatten. Ueber ihnen allen stand der amerikanische Landesparteitag und das gesamtamerikanische ZK. Von den Zentralkomitees der einzelnen nationalen Parteien hing es ab, ob die Beschlüsse des Gesamtzentralkomitees ausgeführt wurden oder nicht. Das EKKI hatte einen langwierigen und zähen Kampf gegen diese schädlichen Traditionen zu führen. Viele Mühe kostete es auch, das Lovestonesche ZK zur Arbeit unter den Negern zu bewegen. Auch wurde keine kommunistische Arbeit unter den bodenständigen amerikanischen Arbeitern, die keineswegs alle gutbezahlte privilegierte Arbeiter sind, die etwa dem Einfluß der KP nicht zugänglich wären, geleistet. Auch unter ihnen gibt es einen bedeutenden Teil wenig qualifizierter Arbeiter, die nicht weniger ausgebeutet werden als die eingewanderten Arbeiter.

Die Macht des amerikanischen Kapitalismus hatte die politische Orientierung des Lovestoneschen Zentralkomitees der KP Amerikas derart unter Druck gehalten (daher denn auch seine Theorie über die Ausnahmestellung Amerikas), daß es sich selbst, zusammen mit einem nicht geringen Teil der Partei, zur Rolle eines passiven Zuschauers verdammt, der auf bessere

Zeiten wartet, wo es leichter sein wird, unter den Arbeitern, die während der „Prosperität des amerikanischen Kapitalismus“ angeblich dem kommunistischen Einfluß nicht zugänglich sind, zu arbeiten (alle Opportunisten „linker“ und „rechter“ Prägung — Ruth Fischer, Lovestone, die Brandlerianer haben ihre Abneigung und ihre Unfähigkeit zur Arbeit unter den Arbeitern mit der angeblichen Passivität des Proletariats entschuldigt). Daher kam denn auch die Taktik der Anpassung an die Gesetzlichkeit — der „Legalismus“, — und die hartnäckige Nichtdurchführung der Beschlüsse der Kongresse der KI und der Plenumstagen des EKKI über die Notwendigkeit der Organisierung von Gewerkschaften unter jenen Arbeitern, die in den Amerikanischen Gewerkschaftsbund nicht aufgenommen werden, sowie in jenen Produktionszweigen, wo es noch keine Gewerkschaften gibt (Automobil- und andere Industrien), sowie zur Durchführung einer energischen Arbeit unter den Negern, die einen hohen Prozentsatz des amerikanischen Proletariats in allen Produktionszweigen und besonders in den Südstaaten der Vereinigten Staaten bilden. Lovestone blieb sich auch nach seinem Ausschluß aus der Partei treu. Als die amerikanische Krise mit voller Wucht eingesetzt hatte, verbeugte er sich nach wie vor vor der Macht des amerikanischen Kapitalismus und erklärte in seiner Zeitung „Revolutionary Age“ („Revolutionäres Zeitalter“), daß die „Panik in der Wall Street das Resultat der Stärke der amerikanischen kapitalistischen Wirtschaft ist“. Am Vorabend des 1. Mai, als die Kommunistische Partei einen erbitterten Kampf gegen die Polizei und die faschistischen Organisationen um die Veranstaltung der Demonstration am 1. Mai auf dem traditionellen Platz — Union Square — führte und es verstand, die Aufmerksamkeit der breiten Massen zu mobilisieren, gab Lovestone in der Presse einen Aufruf an die Mitglieder der Partei und an die revolutionären Arbeiter heraus, in dem er ihnen vorschlug, auf das ZK der Partei einen Druck dahin auszuüben, daß es sich den Forderungen der Polizei fügt und „die Demonstration in einem anderen Stadtteil veranstaltet“. Auf diese Weise hat er der Polizei einen Dienst erwiesen. Bekanntlich hat die Demonstration dennoch auf dem Union Square stattgefunden.

Lovestone und seine Freunde organisierten in der Partei eine starke Fraktion, betrogen die Komintern in systematischer Weise, paßten die Beschlüsse der Parteitage und des ZK den Direktiven des EKKI an, sabotierten aber in Wirklichkeit ihre Durchführung. Es ist nicht überraschend, daß die KP Amerikas, als sie sich von Lovestone und seinen Anhängern freigemacht hatte, energisch unter dem Proletariat, u. a. auch unter dem Negerproletariat, zu arbeiten begann. Ihr antwortete ein mächtiges Echo seitens der Arbeitermassen. Unter der Führung des ZK der KP Amerikas, in das energische Arbeiterelemente einströmten, entfaltete die Partei, zusammen mit der Liga für gewerkschaftliche Einheit nach dem Ausschluß der Lovestone-Leute eine breitangelegte Tätigkeit. Die Liga organisierte auf dem Klassenstandpunkt stehende Gewerkschaften: so Ende April 1930 die Seeleutegewerkschaft der Hafentarbeiter und Schiffsmannschaften. Auf dem Gründungskongreß dieser Gewerkschaft waren 200 Delegierte anwesend, die 7000 Seeleute vertraten. Ende Mai dieses Jahres fand der Gründungskongreß der Gewerkschaft der Automobilindustrie statt, an dem 55 Delegierte

teilnahmen, die mehrere tausend Mitglieder vertraten. In einzelnen Staaten und Städten wurden Branchen der bestehenden, auf dem Klassenstandpunkt stehenden Gewerkschaften der Bergarbeiter, der Textilarbeiter und der Konfektionsgewearbeiter, sowie neue Gewerkschaften der Bijouteriearbeiter, eine Gewerkschaft der beim Bau der New Yorker Untergrundbahn beschäftigten Arbeiter sowie eine Gewerkschaft der Landarbeiter in Südkalifornien organisiert. Streiks wurden Ende 1929 und Anfang 1930 von den Kommunisten und der Gewerkschaftlichen Einheitsliga unter den Bergarbeitern in Illinois — zirka 10 000 Teilnehmer —, unter den Textilarbeitern in Gastonia sowie zahlreiche andere durchgeführt.

Es wurden die Erwerbslosen organisiert. An den Demonstrationen vom 6. März beteiligten sich in ganz Amerika 1 250 000 Mann. Massencharakter trugen die Demonstrationen besonders in New York und Detroit. Es kam zu Massendemonstrationen und Versammlungen am 1. Mai 1930. Die Werbung von Mitgliedern für die KP geht mehr oder minder erfolgreich vor sich. Es wurden Negerarbeiter zur Partei und zur Liga herangezogen, was beweist, daß unter ihnen die Arbeit eingesetzt hat. Einer der Beweise dafür, daß die KP Amerikas tätiger und kampffähiger geworden ist, ist die Verstärkung der Repressalien (Niederschießung von Streikenden und Demonstranten, Zuchthausurteile im Kommunistenprozeß, Verhaftung der leitenden Mitglieder des ZK: Foster, Minor u. a.) gegen sie, ganz besonders die Einsetzung einer Senatskommission zur Untersuchung der Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Die amerikanische Bourgeoisie strebt ständig danach, durch diese oder jene Maßnahmen — bis zur Provokation — die revolutionären Organisationen des Proletariats zu vernichten, sobald sie Massencharakter annehmen. Die Aufgabe der KP Amerikas besteht darin, in den Massen so tief Wurzeln zu schlagen, daß sie von der Bourgeoisie nicht mehr entwurzelt werden kann. Die KP Amerikas muß das erreichen und sie wird es erreichen, da sie sich auf dem richtigen Wege befindet.

Hier wurden alle guten Seiten der Arbeit der KP der USA aufgezählt. Es gibt jedoch auch zahlreiche Mängel, an deren Beseitigung die Parteiorganisation der KP Amerikas arbeitet.

Die KP Chinas hatte unter besonders komplizierten und schwierigen Verhältnissen zu arbeiten.

Während der Nordexpedition 1926/27 betrat die KP Chinas, die sich bis dahin unter den furchtbaren Verhältnissen des Terrors und der strengen Illegalität befunden hatte, zum erstenmal die breite Arena. Sie organisierte dort, wo sich die Macht der Kuomintang erstreckte, Gewerkschaften, die sich schnell in Massenorganisationen in allen Städten und Provinzen verwandelten. Die opportunistischen Fehler der Parteiführung der damaligen Zeit bestanden u. a. darin, daß sie es nicht verstanden hat, die vom Standpunkte der Revolution richtige Unterstützung der Nordexpedition mit einem selbständigen Auftreten vor den breitesten Massen, mit der Entfesselung der Agrarrevolution, mit der Festigung ihrer selbständigen Organisationen und Positionen in der Arbeiterklasse, in der Bauernschaft und in der Armee, mit der Bewaffnung der Arbeiterklasse zu kombinieren. Die Folge davon war, daß nach dem Bruch zwischen Kommunisten und Kuomintang, als der

Tschang-Kai-schek-Flügel und dann auch der „linke“ Flügel der Kuomintang begannen, die Kommunisten zu erschießen, alle revolutionären Arbeiter- und Bauernorganisationen zu zerstören — die Kuomintang-Henker mit Unterstützung der Imperialisten die Partei in die Illegalität trieben und die kommunistische Spitze erledigten, die sich kein festes Fundament in den Gewerkschaften gesichert hatte: die Kuomintang die Gewerkschaften an zahlreichen Orten und in zahlreichen Provinzen selbst in die Hand nahmen. An vielen Orten gelang das der Kuomintang nach der blutigen Abrechnung mit den Kommunisten und den revolutionären Arbeitern. Die Arbeiter unter den Parteimitgliedern wurden in Massen verhaftet und niedergemacht, jene aber, die davonkamen und ohne Arbeit blieben, waren genötigt, in das heimatliche Dorf zurückzukehren. Durch die Rückkehr der Arbeiter ins Dorf ist zum Teil der neue Aufschwung der revolutionären Bauernbewegung und die Bildung einer Roten Armee in den Dörfern und Bezirken vieler Provinzen Chinas zu erklären. Der KP Chinas drohte die Gefahr, sich in den Jahren 1928/29 auf Grund ihrer Zusammensetzung in eine Bauernpartei zu verwandeln (unter den 138 000 Mitgliedern gab es nur 5000 Industriearbeiter, die auf 20 Großstädte verstreut waren), während sie in den Städten fast gänzlich die Verbindung mit den breiten Arbeitermassen verloren hatte. Sie beschränkte ihre Arbeit auf die Roten Gewerkschaften, die durch den unerhörten Terror die ungeheure Mehrheit ihrer Mitglieder verloren. Gleichzeitig verwandelten die rechten (Tschang Kai-schek) und die „linken“ Kuomintang-Leute (Wang Tin-wai), die die Gewerkschaften an sich gerissen hatten, diese in gelbe Organisationen und bildeten außerdem neue Kuomintang-Gewerkschaften mit verhältnismäßig bedeutenden Massen. Die Rolle dieser „Gewerkschaften“ bestand darin, die Streiks, die trotz des schreckenerregenden Terrors Tschang Kai-scheks und der anderen Generale spontan entstanden, durch Repressalien oder durch Kuomintang-Schlichtungsausschüsse niederzuschlagen bzw. abzuwürgen. In ganz China haben 1928, nach den offiziellen Angaben, bereits 400 000 Arbeiter gestreikt, 1929 aber hat sich die Zahl der Streikenden fast verdoppelt und stieg auf 750 000.

Die Parteiorganisationen und die Führer der Roten Gewerkschaften erörterten ein ganzes Jahr lang die Frage, ob man in den gelben Massengewerkschaften arbeiten kann und soll. Inzwischen erholte sich die Arbeiterbewegung Chinas von den ihr durch die Konterrevolution versetzten Schlägen, wie sogar aus den vorstehend angeführten offiziellen statistischen Angaben ersichtlich ist und begann die Gegenoffensive. Mit Hilfe des EKKI erkannte die KP Chinas die Notwendigkeit, die Gewerkschaftsbewegung den Händen der Kuomintang-Leute zu entreißen und begann, in den gelben Massengewerkschaften zu arbeiten. Auch die Roten Gewerkschaften erholten sich und nahmen mit den Betrieben und Fabriken Fühlung. Sie begannen, an den Streiks teilzunehmen und die Führung zu übernehmen, wie aus dem Bericht des Zentralrats des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes an die RGI vom 7. Januar 1930 ersichtlich ist. Vom 7. bis 12. November 1929 fand der Kongreß der Roten Gewerkschaften statt, die 40 000 Mitglieder zählen, von denen mehr als die Hälfte aus Handwerkern bestehen. Mit der Belebung der Arbeiterbewegung begann eine starke Be-

wegung gegen die Imperialisten und die Kuomintangleute. Die örtlichen Parteiorganisationen lebten auf. Die Partei gibt illegale und halblegale Zeitungen und ein theoretisches Organ „Bolschewik“ heraus, desgleichen eine Masse von Flugblättern und Plakaten. Sie organisierte in Schanghai und in anderen Zentren große Demonstrationen gegen die Erwerbslosigkeit, gegen die Kuomintangleute und gegen die Imperialisten. Die KP Chinas hatte gleich nach der Niederlage 1927 einen Kampf innerhalb der Partei — gegen die Putschisten, die Liquidatoren und die Rechten zu führen, gegen Tan Ping-schan, Tschu Du-hsju, die chinesischen Trotzlisten und ihre Anhänger. Bei dem Konflikt auf der Ostchinasbahn bestand die KP Chinas ihre Feuerprobe. Sie hat, ohne auch nur im geringsten zu schwanken, das imperialistische Manöver der chinesischen Generale durchschaut und die Verteidigung der UdSSR aufgenommen. Gegenwärtig leistet die KP Chinas eine große Arbeit in den Industriezentren und in den Sowjetbezirken. Die Führung der KP Chinas ist, trotz zahlreicher Fehler und Unterlassungen, gestärkt und mit bereicherter Erfahrung aus der Ära der Reaktion hervorgegangen und zeigt sich mit Hilfe des EKKI den großen Aufgaben gewachsen, die vor der KP als Organisator und Führer der in China bereits aufsteigenden neuen revolutionären Welle stehen.

Der Mangel an Raum gestattet es nicht, auf die Lage in den anderen Sektionen der KI einzugehen, auch besteht die Aufgabe dieses Artikels nicht darin, die verlogene Version zu widerlegen, als ob die Komintern in den letzten zwei bis zweieinhalb Jahren — den Jahren des Kampfes gegen die Rechten und Versöhner und des Aufschwungs der Arbeiterbewegung — „eine Krise durchmache“, wie die rechten Renegaten zu krächzen beliebten, sondern darin, zu versuchen, jene Ursachen aufzudecken, die die Sektionen der KI daran hindern, ihren großen und zunehmenden Einfluß auf das Proletariat organisatorisch zu verankern. Die Untersuchung der Arbeit und der Mängel der zwei besten, größten und mehr oder minder legalen Sektionen der KI, der deutschen und der französischen Sektion, wird es ermöglichen, die gestellte Aufgabe zu erfüllen.

## II

### Ueber die KP Deutschlands

Bis 1928 stellte die KP Deutschlands bei den Betriebsrätewahlen direkt in den Belegschaftsversammlungen in den Betrieben keine eigenen Listen auf. Sie kämpfte — und nicht ohne Erfolg, trotz des Druckes seitens des Gewerkschaftsapparats auf die Versammlungen der Gewerkschaftsmitglieder, der Betriebe — darum, ihre Kandidaten auf den Gewerkschaftslisten durchzubringen. Häufig figurierten dort, wo die Kommunisten oder die Sozialdemokraten eine starke Minderheit an Stimmen in den bereits im Namen der Gewerkschaften auf den allgemeinen Belegschaftsversammlungen eingebrachten Kandidatenlisten erhalten hatten, Kommunisten und Sozialdemokraten Seite an Seite.

Im Jahre 1929 stellte die KP Deutschlands und die Gewerkschaftsopposition zum erstenmal in mehr als 100 Betrieben eigene Listen direkt in den Belegschaftsversammlungen auf. Die Arbeiter stimmten mit großer Mehrheit für diese Listen und die Gewerkschaftsopposition eroberte die Mehrheit in den Betriebsräten vieler dieser Betriebe. Die vorliegenden Angaben über die 101 Betriebe mit einer Anzahl von 226 bis 25 000 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, in denen 1929 zwei Parallellisten aufgestellt wurden, zeigen, daß die Gewerkschaftsopposition 113 522 Stimmen erhalten hat, die Reformisten dagegen 118 596 Stimmen erhielten.

Der Ruck in der Arbeiterklasse zugunsten der KP Deutschlands war bereits während der vorjährigen Betriebsratswahlen, in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften und in den Belegschaftsversammlungen deutlich sichtbar.

In diesem Jahre hat die KP und die Gewerkschaftsopposition bei den Betriebsrätewahlen eigene Listen bereits in mehr als 1000 Betrieben aufgestellt. Aber ungeachtet dessen, daß das ZK der KPD und die Gewerkschaftsopposition gegen die Aufstellung gemeinsamer Listen bei den Wahlen mit den Reformisten einen energischen Kampf führten, wurden solche dennoch in zahlreichen Betrieben und Fabriken, in denen sich Kommunisten oder Anhänger der Gewerkschaftsopposition befanden, aufgestellt.

Die selbständigen Listen der Gewerkschaftsopposition hatten bei den jüngsten Wahlen in ganz Deutschland einen zweifelsfreien Erfolg; das beweist, daß die KP Deutschlands einen großen Einfluß unter den Arbeitern, namentlich unter den unorganisierten, schlechtbezahlten Arbeitern besitzt. Die Sozialdemokratie, die unter der Flagge der reformistischen Gewerkschaften auftrat, erhielt aber in vielen Betrieben noch eine Stimmenmehrheit, während sie dort, wo die Kommunistische Partei die Mehrheit hatte, bedeutend in der Minderheit blieb. In den 101 Betrieben, in denen die Gewerkschaftsopposition 1929 bei den Wahlen selbständig auftrat, erhielt sie in diesem Jahre 107 455 Stimmen, das sind 6067 Stimmen weniger als 1929, während die Reformisten 104 266 Stimmen, oder um 14 330 Stimmen weniger als 1929 erhielten. Sowohl die einen wie die anderen haben Verluste, beide haben aber ihre Positionen behauptet, obwohl sich die Stimmenzahl für beide Seiten in vielen Betrieben verschoben hat. Dafür aber hat die KP Deutschlands den Reformisten in jenen Betrieben einen schweren Schlag versetzt, in denen sie erst in diesem Jahre selbständig auftrat. In 15 Betrieben Oberschlesiens erhielten die Listen der Gewerkschaftsopposition 12 567 und die der Reformisten 13 403 Stimmen, während die Reformisten 1929 in diesen 15 Betrieben 23 390 Stimmen erhalten hatten. Aehnlich war das Verhältnis im Gebiet Mittelrhein, Niederrhein und an der Ruhr. Jener Umstand, daß die Gewerkschaftsopposition bei der erstmaligen Aufstellung selbständiger Listen 1929 nur um ein Geringes weniger Stimmen aufbrachte als die Reformisten, beweist, daß sie nicht rechtzeitig begonnen hat, die selbständige Taktik bei den Betriebsrätewahlen anzuwenden.

Bei den letzten Betriebsrätewahlen in Deutschland sind Faktoren zutage getreten, die schlaglichtartig die Ursachen beleuchten, die die Sektionen der KI in den kapitalistischen Ländern hindern, ihren ungeheuren spezifischen

Einfluß auf die breiten Arbeitermassen organisatorisch zu verankern. Deshalb ist es notwendig, ausführlich auf sie einzugehen. Wenn wir die Betriebsrätewahlen in den Großbetrieben der wichtigsten Bezirke Deutschlands, wie Berlin, Halle-Merseburg und andere einer konkreten Analyse unterziehen, so muß konstatiert werden, daß die KP Deutschlands in diesem Jahre in einer Reihe von Großbetrieben (Leunawerke, Blohm & Voß, Bochumer Verein, Opel u. a.), mit Ausnahme vom Ruhrgebiet und Oberschlesien, bei den Betriebsrätewahlen eine ernste Niederlage erlitten hat, ebenso in den meisten Großbetrieben Berlins (Berliner Verkehrs-AG, AEG, Turbine, Kabelwerk AEG Brunnenstraße, Ackerstraße und Transformatorenwerk, Siemens-Werner u. a.). In diesen Betrieben hatte die Gewerkschaftsopposition 1929 einen großen Erfolg, teilweise sogar die Mehrheit der Stimmen und Mandate, so daß die Führung in den Betriebsräten in der Hand der Gewerkschaftsopposition lag. Welches waren die Ursachen der Niederlage der Gewerkschaftsopposition in diesen Betrieben? Die Arbeiter und Arbeiterinnen in ganz Deutschland haben bei den Betriebsrätewahlen 1930 dort, wo die Gewerkschaftsopposition zum ersten Male selbständige Listen aufstellte, für sie gestimmt. In diesen Betrieben erhielt die Gewerkschaftsopposition in den meisten Fällen eine bedeutende Mehrheit, stellenweise sogar eine absolute Stimmenmehrheit. In zahlreichen Großbetrieben dagegen, wo die Gewerkschaftsopposition bei den Wahlen die Mehrheit in den Betriebsräten besaß, wo sie aber schlecht gearbeitet und nicht die richtige Linie der Partei, sondern den Opportunismus in der Praxis durchgeführt hat, ist in diesem Jahre die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen stark zurückgegangen. Die Gewerkschaftsopposition verlor zirka 50 Prozent jener Stimmenzahl, die sie bei den vorjährigen Wahlen erhalten hatte, und zwar im Leunawerk 15 000 Arbeiter, in den Opelwerken 7000 Arbeiter, bei Siemens-Werner 15 000 Arbeiter, in der Berliner Verkehrs-AG 24 922 Arbeiter und Angestellte und in der AEG-Turbine 2212 Arbeiter.

Welche Organisationen konkurrierten bei den Betriebsrätewahlen mit den Listen der Gewerkschaftsopposition? Es konkurrierten die Listen der sozialdemokratischen „freien“ Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften und die Faschisten. Die christlichen Gewerkschaften verfolgen dieselbe veräterische Politik, jedoch unter dem Deckmantel einer religiösen Demagogie und etwas primitiver als die Reformisten. Nichtsdestoweniger ist ihre Rolle, auch wenn die Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen größer geworden ist, in jenen Betrieben, von denen in diesem Artikel die Rede ist — keine bedeutende, weshalb ich mich auf einen Vergleich der von der Gewerkschaftsopposition und den reformistischen Gewerkschaften bei den Wahlen erzielten Resultate beschränke. In der Zeit, in der die Sozialdemokraten an der Spitze der Koalition in der deutschen Regierung standen, wurde eine derartige Anzahl von Gesetzen zugunsten der Industriellen und Gutsbesitzer und zu Lasten der breitesten Volksmassen, aber namentlich gegen die Arbeiter (Verschlechterung der Erwerbslosenversicherungsgesetze) durchgeführt, wie es keine andere deutsche bürgerliche Regierung seit der Revolution 1918 in so kurzer Frist fertiggebracht hat. Der Ende 1929 von dem sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding ausgearbeitete Finanzplan sah eine Verringerung der Besitzsteuern um 1 698 000 000 Mark und eine Erhöhung der Steuern, die in erster Linie die breiten Massen belasten, um

800 Millionen Mark vor, was jedoch die Bourgeoisie noch nicht befriedigte, so daß die Sozialdemokraten sich beeilten, die zusätzlichen Forderungen der Finanzoligarchie zu befriedigen. Die Folge davon war, daß sie die die breiten Massen belastenden Steuern im Vergleich zum Vorjahre um 650 Millionen Mark (150 Millionen Mark Lohnsteuer, 255 Millionen Mark Tabaksteuer usw.) erhöhten. Sie erhöhten die Zölle für Lebensmittel, für Reis, Zucker, Fleisch, Butter, Roggen, Weizen, Mehl, Kartoffeln usw., was eine starke Teuerung der Preise für diese Massegebrauchsprodukte bedeutet. Sie erhöhten den Militäretat um 50 Millionen Mark, so daß der Militäretat dieses Jahres (1930) 713 Millionen Mark für eine Armee von insgesamt 100 000 Mann beträgt.

Die Sozialdemokraten setzten die schon ohnehin elende Rente für die Invaliden herab, verschlechterten beträchtlich das Gesetz über die Erwerbslosenversicherung (die deutschen Arbeiter steuern von ihrem Lohn 6 bis 7 Prozent für alle Versicherungsarten, darunter  $\frac{1}{4}$  Prozent für die Erwerbslosenversicherung bei) und verlängerten die Karenzzeit; früher mußten 26 Wochen Versicherungsbeiträge entrichtet sein, um Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, jetzt ist diese Frist von den Sozialdemokraten auf 52 Wochen verlängert worden. Früher erhielten ledige Arbeiter eine Woche nach Arbeitsverlust Unterstützung, heute ist diese Frist auf 3 Wochen verlängert worden. Noch schlechter ist das Gesetz für die Saisonarbeiter (Bauarbeiter, Schneidergewerbe usw.) ausgefallen. Die Bauarbeiter in Deutschland sind nicht mehr mit dem Dorf verbunden und wenn keine Bauarbeiten vorhanden sind, so sind sie wirklich vollständig arbeits- und mittellos, — sie werden von jetzt ab nur im Laufe von 6 Wochen Unterstützung erhalten, woraufhin sie der Bedürftigkeitsprüfung unterliegen. Einige Kategorien von Arbeitern sind überhaupt des Rechtes auf Bezug der Unterstützung während der Erwerbslosigkeit beraubt worden, so die Arbeiter der Heimindustrie. Hier sind nur die Hauptpunkte aufgezählt, die die Lage der Erwerbslosen verschlechtern. Schließlich haben die Sozialdemokraten den Young-Plan durchgeführt, der den Werk tätigen eine Last von 113 Milliarden Mark auferlegt und dem eine weitere brutale Offensive gegen das Lebenshaltungsniveau der Arbeiterklasse zugrunde liegt. Unter keiner anderen bürgerlichen Regierung in Deutschland sind derart viele revolutionäre Arbeiterorganisationen (Roter Frontkämpferbund, Antifaschistische Junge Garde usw.) aufgelöst und derart viele Arbeiterversammlungen und revolutionäre Organisationen gesprengt, derart viele kommunistische Zeitungen verboten und derart viele Arbeiter niedergeschossen worden (1. Mai 1929, Beschießung einer Unzahl von Erwerbslosendemonstrationen) wie unter der Regierung, an deren Spitze die Führer der Sozialdemokratie als Mitglieder der Koalitionsregierung standen. Der letzte Akt dieser Regierung unmittelbar vor ihrem Abtreten war die Durchführung des vom Sozialdemokraten Severing eingebrachten, gegen die Kommunistische Partei Deutschlands gerichteten Republikschutzgesetzes, das die Möglichkeit gibt, die Kommunistische Partei restlos in die Illegalität zu treiben und ihr ganzes Vermögen zu konfiszieren.

Eine nicht geringere Tätigkeit im Interesse der Bourgeoisie entfalteten die reformistischen Gewerkschaften, an deren Spitze ebenfalls Führer der Sozialdemokratischen Partei stehen. Sie beteiligten sich aktiv an der Durch-

führung der kapitalistischen Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter, mit ihrer Hilfe wurde faktisch das Gesetz über den Achtstundentag in zahlreichen Betrieben annulliert, mit ihrer Hilfe wurden alle arbeiterfeindlichen Gesetze durchgeführt, die die Lage der Arbeitermasse verschlechterten, sind ja doch fast alle Führer der reformistischen Gewerkschaften Reichstagsabgeordnete und Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Sie lieferten den Fabrikanten Streikbrecher während der Streiks der revolutionären Arbeiter (Rohrlegerstreik in Berlin im vergangenen Jahre und eine Unzahl anderer Streiks), schließlich ist kein einziger Streik, keine einzige Aussperrung und kein einziger Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu verzeichnen gewesen, wo nicht die Gewerkschaften auf seiten des Kapitals gestanden hätten. Die reformistischen Gewerkschaften wirkten aktiv mit bei den kolossalen Arbeiterentlassungen der Kapitalisten, bei der Einführung der neuen Rationalisierungsmaßnahmen, bei der Lohnsenkung und bei der Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Betriebsrätewahlen fanden mitten in der Durchführung der vorstehend bezeichneten arbeiterfeindlichen Handlungen der Sozialdemokraten und der reformistischen Gewerkschaften oder unmittelbar darauf statt. Man konnte annehmen, daß die Sozialdemokraten in den Großbetrieben und in erster Linie im revolutionären Berlin, wo die Gewerkschaftsopposition die Betriebsräte in der Hand hatte oder wo die Anhänger der Gewerkschaftsopposition als kompakte und große Minderheit in ihnen vertreten waren — einen vernichtenden Schlag versetzt erhalten würden. Die Betriebsrätewahlen in den Großbetrieben brachten ein unerwartetes Resultat, die Sozialdemokraten haben in vielen Großbetrieben ihre vorjährigen Positionen nicht nur behauptet, sondern haben in einigen von ihnen sogar mehr Stimmen erhalten als 1929. Wenn wir die Ergebnisse der Wahlen von 1929/30 in den 101 Betrieben vergleichen, in denen die Gewerkschaftsopposition und die Reformisten selbständige Listen aufstellten, so ergibt sich folgendes Bild: die Reformisten verloren 14 330 Stimmen, die Gewerkschaftsopposition verlor 6067 Stimmen.

Nach Gruppen verteilen sich diese 101 Betriebe wie folgt:

In 56 Betrieben verteilen sich Verluste und Gewinne wie folgt:

	Die Gewerkschaftsopposition erhielt			Die Reformisten erhielten		
	1929	1930	Stimmen mehr	1929	1930	weniger
In 43 Schachtanlagen der Ruhr mit 90 552 Arbeitern . . . . .	26 501	33 571	7 070	25 759	21 244	4 457
In 13 Schachtanlagen des Wurm- reviers bei Aachen . . . . .	2 364	6 513	4 149	6 425	3 507	2 918

Es liegen Angaben darüber, wie sich die Stimmen auf die Gewerkschaftsopposition und die Reformisten einzeln verteilen, lediglich über 45 Grubenbetriebe vor. In diesen 45 Betrieben verteilt sich das Stimmenverhältnis wie folgt:

1930 im Vergleich zu 1929:	Gewerkschaftsopposition		Reformisten	
	Gewinn	Stimmen- Verlust	Gewinn	Stimmen- Verlust
In 5 Betrieben . . . . .	445	—	287	—
„ 17 „ . . . . .	4 849	—	—	6 448
„ 13 „ . . . . .	—	9 604	5 785	—
„ 10 „ (hauptsächl. Großbetr.)	—	12 986	—	6 521

Das ist die unvollständige Tabelle der Betriebsrätewahlen von 1930 in den Großbetrieben, in denen die Gewerkschaftsopposition eine Niederlage erlitten hat.

Anzahl der 1930 erhaltenen Stimmen. (Die Zahlen in Klammern geben die 1929 erhaltene Stimmenzahl an)

Betrieb	Gewerkschaftsopposition		Reformisten	
1. Berliner Verkehrs-AG (Berlin)*	6 317	(10 747)	10 147	(5 934)
2. Siemens-Werner*	3 866	( 7 143)	8 153	(2 431)
3. AEG Kabelwerke*	1 467	( 2 477)	1 642	(1 774)
4. AEG Turbine*	637	( 1 237)	1 226	(1 097)
5. AEG Brunnenstraße*	2 933	( 4 023)	1 928	(1 815)
6. Transformatorenwerke*	451	( 1 080)	697	( 600)
7. AEG Ackerstraße*	1 214	( 1 424)	1 172	(1 066)
8. Telefonwerk*	386	( 767)	764	( 659)
9. Blohm & Voß, Hamburg*	3 482	( 4 110)	3 059	(2 667)
10. Leuna-Werke, Halle-Merseburg	4 763	( 9 256)	5 093	(5 914)
11. Griesheim-Werke, Bitterfeld*	1 527	( 1 709)	872	(1 014)
12. Gröpping IG Farben-Anilin*	969	( 1 709)	857	(1 014)
13. Anilin-Werke, Ludwigshafen	1 899	( 2 420)	6 373	(7 855)
14. Opel-Werke, Rüsselsheim*	1 469	( 3 273)	4 811	(4 892)
15. Straßenbahn Dresden*	1 390	( 1 880)	1 070	( 914)
16. Bochumer Verein	2 299	( 2 892)	2 233	(2 431)
17. Lantz, Baden	444	( 786)	1 132	(1 236)
18. Dixi-Werke, Eisenach*	847	( 1 389)	290	( 346)
19. Bayrische Motorenwerke*	847	( 1 389)	209	( 346)
20. Zeiß-Werke, Jena	1 286	( 1 411)	2 001	(1 737)
	38 743	(61 122)	52 945	(50 594)

Wie aus der Zusammenstellung der Wahlergebnisse in 20 Fabriken und Betrieben von 1930 im Vergleich zu 1929 hervorgeht, haben die Sozialdemokraten und Reformisten 1091 Stimmen gewonnen, während die Gewerkschaftsopposition 22 379 Stimmen verloren hat.

Die Betriebsrätewahlen in den neun größten Berliner Betrieben zeigen ein noch weniger tröstliches Resultat für die Gewerkschaftsopposition: Die Gewerkschaftsopposition erhielt 1929 — 30 066 und 1930 — 18 467 Stimmen, d. h. also um 11 599 Stimmen weniger. Die Reformisten erhielten 1929 — 22 043 und 1930 24 762 Stimmen, d. h. also um 2719 Stimmen mehr.

Wodurch ist diese Erscheinung zu erklären und wie kommt es, daß anstatt der erwarteten Niederlage der Sozialdemokratie eine Niederlage der KP Deutschlands in einer ganzen Reihe von Großbetrieben herausgekommen ist? In der Presse und in den Berichten über die Betriebsrätewahlen in Deutschland sowie über die Niederlagen der Gewerkschaftsopposition in diesen Großbetrieben werden von einigen Genossen zahlreiche Ursachen angeführt. Die wichtigsten dieser Ursachen sind folgende:

1. In einigen dieser Betriebe haben starke Arbeiterentlassungen stattgefunden (aus dem Leunawerk wurden 5000 Arbeiter herausgeworfen), wobei in der Hauptsache die revolutionären Elemente abgebaut wurden. Aus der Berliner Verkehrs-AG wurden mehrere tausend Anhänger der Gewerkschaftsopposition entfernt und durch Anhänger der Sozialdemokratie ersetzt. Darum hat die Gewerkschaftsopposition in diesen zwei Betrieben

\* Die mit \* bezeichneten Betriebe hatten 1929 rote Betriebsräte.

eine Niederlage erlitten. Sie verlor 8923 Stimmen, davon 4493 in den Leunawerken usw. Natürlich stimmt es, daß Arbeiterentlassungen und eine Entfernung von Anhängern der Gewerkschaftsopposition stattgefunden haben, aber diese Verluste sind nicht nur durch diese Ursachen zu erklären, da die Arbeiterentlassungen in ganz Deutschland, und nicht nur dort vorgenommen wurden, wo die Gewerkschaftsopposition einen so starken Stimmenrückgang aufzuweisen hatte. Woher würde denn sonst die riesige Erwerbslosigkeit kommen, wenn nicht die Arbeiter in so gewaltigem Umfange überall abgebaut worden wären. Entlassungen wurden unter anderem auch im Ruhrgebiet, im Gebiete des Mittelrheins, in Oberschlesien und in zahlreichen anderen Betrieben in allen Teilen Deutschlands vorgenommen, in denen die Gewerkschaftsopposition die Betriebsräte in der Hand hatte, und auch dort, wo die Betriebsräte in der Hand der Reformisten waren. Die Gewerkschaftsopposition hat jedoch einen glänzenden Sieg im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und anderen Gegenden Deutschlands erzielt.

2. Die Arbeiter hatten Angst, daß sie, wenn sie für die Gewerkschaftsopposition stimmen, aus dem Betriebe herausfliegen können. Erstens erfolgt die Abstimmung bei der Betriebsrätewahl namentlich in solchen Großbetrieben geheim, wodurch es erschwert wird, genau festzustellen, wer von den Arbeitern bzw. für welche Liste der einzelne gestimmt hat. In diesem Falle hätten sich die Arbeiter einfach der Stimme enthalten, hätten aber nicht für die verräterischen Reformisten gestimmt. Und dann, warum hatten sie Angst, für die Gewerkschaftsopposition gerade in diesen Großbetrieben ihre Stimme abzugeben, während sie keine Angst hatten, für sie in zahlreichen anderen Betrieben zu stimmen.

3. Die organisierten Arbeiter erblickten darin, daß die Gewerkschaftsopposition fast überall gegen die Listen der Gewerkschaften eigene Listen aufstellt, eine Herabsetzung der Bedeutung der Gewerkschaften, darum haben sie für die Gewerkschaftslisten gestimmt. In diesem Argument ist ein Körnchen Wahrheit enthalten, aber es beweist gerade, daß die Arbeiter dieser Großbetriebe über den alltäglichen Verrat der Interessen der Arbeiterklasse durch die reformistischen Gewerkschaften und die Sozialdemokraten nicht unterrichtet sind!

- Das zeigt, daß man die Frage stellen muß, was die roten Betriebsräte in diesen Betrieben während des ganzen Jahres getan haben. Hier gelangen wir zur Aufdeckung der Ursachen der Niederlage der Gewerkschaftsopposition in diesen Betrieben.

1. Anscheinend hat die Berlin-Brandenburger Organisation, ebenso wie die anderen Parteiorganisationen, den Kampf gegen die Sozialdemokraten und die reformistischen Gewerkschaften nicht an die Arbeiter des Betriebes hergebracht. Material für diesen Kampf war jedenfalls kolossales und überzeugendes vorhanden.

Die breiten Arbeitermassen lesen die kommunistischen Zeitungen nicht, öffentliche Versammlungen werden selten veranstaltet und auch diese sind in der Hauptsache von Sympathisierenden der KPD besucht; infolgedessen war es notwendig, das Schwergewicht der Arbeit und des Kampfes gegen die sozialdemokratischen Reformisten in die Betriebe zu verlegen durch häufige

Einberufung von Belegschaftsversammlungen und Abhaltung von fliegenden Versammlungen in den Betrieben, vor den Fabrikatoren; es mußten Betriebszeitungen und Flugblätter herausgegeben werden, es mußte eine gute und mühsame Kleinarbeit in den Betrieben durch die roten Betriebsräte und die revolutionären Gewerkschaftsvertrauensleute unter einer guten, aktiven und richtigen Führung seitens der Parteizellen der Betriebe geleistet werden. Das war entweder überhaupt nicht der Fall oder es ist in überaus ungenügendem Grade geschehen.

2. Die roten Betriebsräte und die kommunistischen Betriebsratsmitglieder der vorstehend erwähnten Betriebe haben sich in ihrer Arbeit von den reformistischen Betriebsräten kaum unterschieden. Sie taten fast nichts zur Organisierung eines Kampfes gegen den Lohnabbau, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und gegen die Massenentlassungen. Mehr noch, einige rote Betriebsräte stimmten für Entlassungen, und die Arbeiter haben nichts davon gesehen, daß die Parteizellen dieser Betriebe, die Parteiorganisationen, die Parteipresse und die Gewerkschaftsopposition Kritik übten und von diesen Betriebsräten abrückten. Wie konnten die Arbeiter ihre Stimmen also der Gewerkschaftsopposition geben! Dafür einige Beispiele.

Nehmen wir mehrere Fabriken und Betriebe, in denen die Gewerkschaftsopposition im vergangenen Jahre die Mehrheit in den Betriebsräten erhalten hat. Bis 1929 war der Gesamtbetriebsrat in der Berliner Verkehrs-AG in der Hand der Reformisten. An der Spitze dieses städtischen Betriebes (Straßenbahnen, Omnibusse, Hoch- und Untergrundbahnen, elektrische Bahnen usw.) stehen die Sozialdemokraten. Während der Betriebsrätewahl 1929 herrschte eine solche Unzufriedenheit mit den sozialdemokratischen Führern, daß die Arbeiter den Reformisten eine vernichtende Niederlage zufügten und die Kommunisten einen großen Sieg erkämpften (die Gewerkschaftsopposition erhielt 10 747, die Sozialdemokratie nur 5594 Stimmen).

Einige Monate nach der Wahl wurden die revolutionären Arbeiter entlassen. Der Betriebsrat organisierte keinen Kampf gegen die Entlassungen der Arbeiter und ihre Ersetzung durch andere, den Sozialdemokraten genehme Elemente, und tat nichts zur Verteidigung der Tagesinteressen der zahlreichen Arbeiterkategorien; deshalb ist es auch nicht überraschend, daß, als der Betriebsratsvorsitzende entlassen wurde, keinerlei ernsthafter Protest seitens der Arbeiter erfolgte. Nachher konnte die sozialdemokratische Verwaltung tun was sie wollte, ohne zu fürchten, daß sie auf einen Protest seitens des „roten“ Betriebsrates stoßen könnte. Das Resultat dieser „revolutionären“ Taktik ließ nicht lange auf sich warten: bei den Betriebsrätewahlen 1930 erhielt die Gewerkschaftsopposition um 4430 Stimmen weniger als im Vorjahre.

Bei Sarotti (Schokoladenfabrik mit 1000—1500 Arbeitern) sowie bei Manoli und Josetti (Tabakfabrik mit 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen) in Berlin, wo die Gewerkschaftsopposition bei den Wahlen 1929 die Mehrheit erhielt und die Betriebsräte in dieser Zeit befriedigend arbeiteten (auf Aufforderung des Betriebsrates streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen nach den Erschießungen am 1. Mai), erhielt die Gewerkschaftsopposition bei den Betriebsrätewahlen 1930 die absolute Mehrheit. Bestätigen etwa die Wahlergebnisse bei Sarotti, Manoli und Josetti nicht die Behauptung, daß die Ur-

sachen der Verluste in der schlechten Arbeit der roten Betriebsräte, der Gewerkschaftsopposition und der Parteiorganisation liegen? Einige Genossen begnügen sich damit, daß sie die Niederlage der Gewerkschaftsopposition im Riesen-Chemiebetrieb Leunawerke damit erklären, daß 5000 Arbeiter, Anhänger der Gewerkschaftsopposition, entlassen wurden. Dieses Werk war eine Hochburg der Kommunisten. Seit der deutschen Revolution, fast von 1919 ab, leiteten die Kommunisten sämtliche wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Leunaproleten. Im Leunawerk entstand und wuchs die mitteldeutsche rote Armee 1921. Im Leunawerk hatten die Kommunisten und die Gewerkschaftsopposition die Mehrheit in fast allen gewählten Organen des Betriebes. Bei den vorhergegangenen Wahlen hat die Gewerkschaftsopposition die absolute Stimmenmehrheit erhalten. Bei den Wahlen 1930 dagegen hat die Gewerkschaftsopposition 4493 Stimmen verloren, während die Sozialdemokratische Partei lediglich 821 Stimmen verloren hat und die Christlichen, die Gelben und die Faschisten (Stahlhelm) im Vergleich zum Vorjahre einen Stimmenzuwachs hatten, und zwar die Christlichen um 179, die Faschisten um 484 Stimmen. Charakteristisch ist es, daß 958 Stimmen, also um 408 Stimmen mehr als im Vorjahre als ungültig bezeichnet wurden, was sich anscheinend durch die Unzufriedenheit eines Teils der Arbeiter mit den aufgestellten Listen erklärt\*. Diese Niederlage will man nun lediglich durch die Entlassung der Anhänger der Gewerkschaftsopposition erklären. Nein, die Ursachen liegen offenbar in der schlechten Arbeit des Betriebsrates der Leunawerke (er hat keinen genügend energischen Kampf gegen die Entlassungen der Arbeiter und gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen geführt) im letzten Jahre und, natürlich, der Betriebszellen und der zuständigen Parteiorganisationen.

3. Konnte die Berliner Parteiorganisation ihre Agitation gegen die Sozialdemokraten und Reformisten an die Betriebe, an die Arbeiter heranbringen, und hatte sie genügend Kräfte dazu? Natürlich, bei geschicktem Vorgehen, bei einer Aenderung der Arbeitsmethoden und bei einer besseren und systematischen Organisierung der Kampagne zur Entlarvung der Sozialdemokratie und in Anpassung an deren Manövrierfähigkeit hätte die Berliner Parteiorganisation einen Erfolg erreichen können. Die Berliner Parteiorganisation erhielt bei den Parlaments- und Gemeindewahlen über 600 000 Stimmen. Sie brachte bei den Demonstrationen 200 000 Mann auf die Straße. Aber in den Betrieben ist sie schwach, da bis jetzt in Berlin und auch in den anderen Städten Deutschlands, ebenso wie in den anderen kapitalistischen Ländern, das Schwergewicht der Parteiarbeit noch nicht in den Betrieben liegt, wo die Arbeiter tätig sind und den Druck des Kapitals besonders spüren, sondern am Wohnort der Arbeiter und Angestellten. Hat wirklich das traurige Experiment mit den revolutionären Betriebsräten in Deutschland 1923 nicht klar gezeigt, daß man sich nicht auf die Betriebsräte stützen, keine Parteidirektiven durchführen und von den Betriebsräten keine gute Arbeit erreichen kann, wenn die Kommunisten

\* Fast in allen Betrieben, wo die Gewerkschaftsopposition in diesem Jahre verloren hat, haben die Faschisten im Vergleich zum Vorjahre an Stimmen zugenommen: im Leunawerk 1929 — 1 736, im Jahre 1930 — 2 217 Stimmen; in der BVG nahmen sie 1929 überhaupt nicht an der Wahl teil, in diesem Jahre dagegen erhielten sie 1 344 Stimmen.

in ihnen nicht zu Fraktionen zusammengeschlossen sind, die unter der Führung der Parteizellen arbeiten, die ihrerseits wiederum mit den zuständigen Parteiorganisationen in Verbindung stehen? Anscheinend haben sich zahlreiche Organisationen der KP Deutschlands diese traurige Erfahrung mit den revolutionären Betriebsräten von 1923, die die Rolle von Räten nach der Strategie des brandlerischen ZK spielen sollten, mit denen aber die Parteiorganisationen überhaupt nicht verbunden waren, da es in den Fabriken und Betrieben keine Parteizellen gab, noch nicht zu eigen gemacht. Wie anders wäre sonst die Tatsache zu erklären, daß die Parteiorganisationen sich bisher so wenig um die roten Betriebsräte kümmerten, daß der Opportunismus in der Praxis solchen Umfang annehmen konnte. Offenbar haben die Parteiorganisationen erst ganz kurz vor den Betriebsrätewahlen dieses Jahres festgestellt, daß eine ganze Reihe roter Betriebsräte eine rechtsopportunistische Linie in der Praxis durchgeführt hat.

Warum nun haben sich die zuständigen Parteiorganisationen das ganze Jahr hindurch nicht für die Arbeit aller roten Betriebsräte interessiert? Erst vor den Wahlen, als viele der Betriebsratsmitglieder sich gegen die Durchführung der selbständigen Taktik der Partei bei den Betriebsrätewahlen 1930 wandten, hat man sie aus der Partei herausgejagt. Dann war es aber bereits schwierig und zum Teil auch schon zu spät, den Arbeitern zu erklären, warum die Parteiorganisationen nicht früher eingegriffen haben. Wenn die Parteiorganisationen sich dauernd für die Arbeit der roten Betriebsräte interessiert hätten, so hätten sie leicht die Fehler ausrichten, mit der Passivität der einen Schluß machen, sie aktivieren und die anderen Betriebsratsmitglieder entlarven können, dann würden die Arbeiter dieser Großbetriebe nicht der Kommunistischen Partei die Schuld für die schlechte Arbeit der kommunistischen Betriebsräte zuschieben. Trotzdem liegen die Dinge in Deutschland noch besser als in den anderen kapitalistischen Ländern, aber auch dort sind die Verbindungen mit den Betrieben bei weitem nicht fest genug; deshalb war die erste Aufgabe nach den Betriebsrätewahlen 1929, als die KP Deutschlands einen erheblichen Erfolg in einer Reihe neuer Großbetriebe erzielt hatte, die Festigung der Parteizellen dort, wo sie bestanden, und die Organisierung neuer Zellen aus Mitgliedern der Partei und Sympathisierenden dort, wo keine Zellen bestanden, sonst hätte ja die KP Deutschlands und die Gewerkschaftsopposition nicht an den Wahlen teilnehmen und ihre Kandidaten nicht durchbringen können, um durch sie die Betriebsratsmitglieder und die revolutionären Gewerkschaftsvertrauensleute zu leiten. Das ist ja doch die einzige zuverlässige Möglichkeit, mit den Betrieben Fühlung zu nehmen und sie unter den kommunistischen Einfluß zu bringen.

Anscheinend ist das entweder überhaupt nicht oder nicht in genügender Weise geschehen. Dabei aber stellt die Situation des sich verschärfenden Klassenkampfes — die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Koalitionsregierung und ihr offener Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, die Offensive des Kapitals an der ganzen Front gegen die Arbeitszeit und den Arbeitslohn, unter den Verhältnissen der Wirtschaftskrise und der ungeheuren Erwerbslosigkeit sowie zusammen mit dem sich entwickelnden revolutionären Aufschwung in der Arbeiterbewegung die KP Deutschlands vor Aufgaben von außerordentlicher Bedeutung und Kompliziertheit. Die Partei-

organisationen im Zentrum und in den Bezirken mußten einen eingehenden Plan der Kampagne gegen die Sozialdemokratie, die Reformisten und Kapitalisten ausarbeiten, diesen Plan durch die Parteipresse, die Betriebszeitungen, Flugblätter, Reden der Parlaments-, Landtags- und Gemeindeabgeordneten und der Stadtverordneten, durch die Organisation instruktiver Referate für die Parteifunktionäre und -sekretäre, für die Mitglieder der Zellenvorstände und die kommunistischen Betriebsrätemitglieder und schließlich durch die Einberufung allgemeiner Arbeiterversammlungen und Meetings an die gesamte Partei und die Arbeiterklasse heranbringen. Dann hätten die Zellen- und Betriebsrätemitglieder gewußt, was sie zu tun haben und wie sie zu arbeiten haben. Ist das alles geschehen? Die roten Betriebsräte und die kommunistischen Betriebsratsmitglieder wurden in einer so verantwortungsvollen Zeit in vielen Fällen ihrem Schicksal überlassen. Die Resultate dieser Unterlassung liegen auf der Hand — die Kommunisten haben nicht nur den Sozialdemokraten und Reformisten in einer ganzen Reihe von Großbetrieben keinen vernichtenden Schlag versetzt, sondern haben in einer Reihe von wichtigen Betrieben selbst eine Niederlage erlitten. Aus dieser Tatsache sind die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen, und die Unterlassung ist so rasch wie möglich gutzumachen.

4. Die Genossen und Leser werden, wenn sie diesen Artikel lesen, fragen, womit sich denn die Parteiorganisationen befaßt haben, wenn sie jene elementaren Dinge nicht unternahmen, von denen vorstehend die Rede ist? Auf diese Frage zu antworten, ist nicht schwer. In allen Ländern, wo bis zum Kriege die Sozialdemokraten in der Arbeiterklasse vorherrschend waren, hat sich die Praxis eingebürgert, daß sich die Sozialdemokratische Partei mit der Politik, die Gewerkschaft aber mit dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zu befassen hat. Diese alten sozialdemokratischen Traditionen haben die kommunistischen Parteien, die aus der Sozialdemokratischen Partei hervorgegangen sind, geerbt. Sich von den alten Traditionen zu befreien, ist sehr schwer. Wenn das ZK der KP Deutschlands diese Traditionen energisch abgetan hat, so bedeutet das noch nicht, daß alle Ortsorganisationen der KP Deutschlands das gleiche getan haben. Die Arbeit der Betriebsräte in den Betrieben ist analog der Arbeit der Gewerkschaften, weshalb die Sorge um sie in vielen Parteiorganisationen der Gewerkschaftsopposition übertragen wurde, werden ja doch sogar die Listen zu den roten Betriebsräten in ihrem Namen aufgestellt, also mag sie auch den ganzen Laden besorgen. Die Gewerkschaftsopposition war dem aber nicht gewachsen und konnte einer so komplizierten Frage — noch dazu in so schwieriger Zeit — ohne gute Führung seitens der Parteiorganisationen nicht gewachsen sein. Aber gerade diese Führung war nicht überall vorhanden: Es bestand nicht nur keine gute Führung, sondern stellenweise waren auch keine guten Verbindungen zwischen der Gewerkschaftsopposition und der Parteiorganisation hergestellt worden. Wie wären sonst solche Erscheinungen zu erklären, daß zahlreiche Parteileitungen von Arbeiterentlassungen, Streiks und Lohnkürzungen erst einige Wochen später erfuhren? Das ist eine der nicht unwichtigen Ursachen der Niederlage in der letzten Zeit in einer ganzen Reihe von Großbetrieben.

5. Die Gewerkschaftsopposition mußte als mächtigstes Bindeglied dienen, das die KP Deutschlands mit den den Gewerkschaften angehörenden und

den unorganisierten Arbeitern verbindet. Bis 1928 bestand die Gewerkschaftsopposition aus gewerkschaftlich organisierten Parteimitgliedern und einer geringen Anzahl mit der Partei sympathisierender Gewerkschaftsmitglieder, faktisch waren das kommunistische Fraktionen, die in der Hauptsache innerhalb der „freien“ Amsterdamer Gewerkschaften funktionierten. Seit 1928 haben sich Funktionen und Zusammensetzung der Gewerkschaftsopposition im Zusammenhang mit dem unerhört frechen Vorgehen gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition einerseits und dem Aufschwung der Arbeiterbewegung andererseits stark geändert. Die Reformisten haben Mitglieder der Gewerkschaftsopposition, die gegen die Reformisten auftreten, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen und schließen sie auch jetzt noch aus, sie lösten und lösen Ortsgruppen der Gewerkschaften auf, wo die Gewerkschaftsopposition die Mehrheit erobert. Diese Ortsvorstände der Gewerkschaften, die trotz der Auflösung weiter fortbestehen, haben sich der Gewerkschaftsopposition angeschlossen. Die Reformisten lassen es entweder nicht zu Streiks kommen oder sind, wenn Streiks trotzdem gegen ihren Willen einsetzen, aus allen Kräften bestrebt, sie vermittels Schiedsspruchs oder vermittels des direkten Streikbruchs zugunsten der Fabrikanten abzuwürgen. Diese Erscheinung hat die Notwendigkeit entstehen lassen, die Führung der Streiks den Händen der Reformisten zu entreißen und die Streiks selbständig zu führen. Wer außer der Gewerkschaftsopposition konnte sich mit dieser Angelegenheit befassen? Diese Funktionen gingen an die Gewerkschaftsopposition über. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist sogar in Deutschland verhältnismäßig nicht groß. Die Reformisten, die durch ihren bürokratischen Apparat in Zeiten von Streiks die Gewerkschaftsmitglieder unter Druck setzen, kümmern sich gleichzeitig überhaupt nicht um die unorganisierten Arbeiter. Die Gewerkschaftsopposition aber erhält in Zeiten von Streiks durch die Organisierung der unorganisierten Arbeiter und ihre Vereinigung mit den revolutionären Elementen der reformistischen Gewerkschaften — die Möglichkeit, die Wahl von Streikleitungen vorzunehmen und durch sie die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats selbständig zu führen. Um die Streiks gegen den Willen der Reformisten vorbereiten zu können, muß die Gewerkschaftsopposition eine Stütze in den Betrieben besitzen, vermittels der sie nicht nur auf die organisierten, sondern auch auf die unorganisierten Arbeiter einwirken kann. Als diese Stütze müssen und können mit Erfolg — natürlich unter einer guten Führung der Parteizelle und der kommunistischen Fraktion in den Betriebsräten — die Parteimitglieder und Anhänger der Gewerkschaftsopposition, die roten Betriebsräte und die Gewerkschaftsvertrauensleute und die revolutionären Vertrauensleute, die in den Belegschaftsversammlungen der Fabriken und Betriebe gewählt werden, dienen, zum Unterschied von den Gewerkschaftsvertrauensleuten, die nur von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gewählt werden. Mit der Aenderung der Aufgaben der Gewerkschaftsopposition im Vergleich zu den Funktionen der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, mit der Erweiterung ihres Bestandes, mit der Ausdehnung der Arbeit unter den Unorganisierten, mußte sie ihre Organisation entsprechend umstellen, was sie zum Teil auch getan hat. Sie berief einen Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition ein, auf dem Vertreter der organisierten und unorgani-

sierten Arbeiter anwesend waren. Dieser Kongreß wählte ein Reichskomitee zur Förderung der Gewerkschaftsopposition. Aehnliche Kongresse haben in fast allen Bezirken und zahlreichen Industriegebieten Deutschlands stattgefunden. Es wurden an zahlreichen Orten Komitees der Gewerkschaftsopposition nach Berufsgruppen parallel mit den bestehenden reformistischen Gewerkschaften organisiert. Die Gewerkschaftsopposition gibt mehrere Zeitschriften in einer bedeutenden Auflage heraus. Zwecks besserer Leitung der Gewerkschaftsarbeit durch die Partei (früher durch die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, heute durch die Gewerkschaftsopposition) wurden beim ZK, bei den Bezirks- und Unterbezirksleitungen Gewerkschaftsabteilungen gebildet. Wie ist nun die Gewerkschaftsopposition mit diesen neuen Aufgaben fertig geworden?

Im Oktober 1928 kam es in München-Gladbach zum Textilarbeiterstreik, der 45 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erfaßte. Sie stellten die Forderung einer 15prozentigen Lohnerhöhung und einer Verlängerung des alljährlichen Urlaubs von 4 auf 6 Tagen auf. Die Unternehmer antworteten mit der Aussperrung. Die Gewerkschaftsopposition hatte diesen Streik nicht vorbereitet, er kam für sie überraschend. Dennoch griff die Gewerkschaftsopposition energisch in den Konflikt ein und hat dadurch den Arbeitern viel geholfen. Nur dank der energischen Arbeit der Gewerkschaftsopposition haben die Arbeiter den Schiedsspruch abgelehnt. Streikleitungen waren von ihr nicht organisiert worden. Der Konflikt endete mit einem Kompromiß.

Vom 1. November 1928 bis 8. Dezember 1928 dauerte die Aussperrung der 213 000 Metallarbeiter des Ruhrgebiets. Die Gewerkschaftsopposition entfaltete eine ausgezeichnete Arbeit, die den Anstoß gab zum Umschwung der Stimmung der Arbeiter im Ruhrgebiet zugunsten der KP und der Gewerkschaftsopposition. Die KP Deutschlands und die Gewerkschaftsopposition haben im Ruhrgebiet nicht nur die bei den vorjährigen Betriebsrätewahlen erzielten Erfolge behauptet, sondern auch neue wichtige Positionen in den Hüttenbetrieben und in den Kohlenschächten erobert. 1929 konnten von der Gewerkschaftsopposition 50 selbständige Listen in den Betrieben aufgestellt werden, 1930 wurden bereits 163 aufgestellt. Die Gewerkschaftsopposition organisierte während der Aussperrung der Metallarbeiter 33 Kampfleitungen, die 70 000 organisierte und unorganisierte Arbeiter erfaßten.

Gleichzeitig kam es — vom 10. Oktober 1928 bis 6. Januar 1929 — zu dem Streik der 50 000 Werftarbeiter an der Wasserkante (Hamburg, Kiel usw.). Die Arbeiter forderten Lohnerhöhung. Der Streik war von der Gewerkschaftsopposition nicht vorbereitet worden; sie hat erst im Prozesse des Kampfes großen Einfluß auf diesen Streik ausgeübt. Die Gewerkschaftsopposition nahm die Wahl von Kampfleitungen vor und organisierte Konferenzen der Vertreter der Kampfleitungen Hamburgs, Stettins, Kiels und anderer Städte. Nur unter dem Einfluß der Gewerkschaftsopposition wurden die Schiedssprüche von den Arbeitern abgelehnt. Dennoch gelang es den Reformisten, diesen Streik zu verraten.

In der gleichen Zeit kam es noch zu den Streiks bzw. Aussperrungen der 35 000 Textilarbeiter in Sachsen und Thüringen. Die Gewerkschaftsopposition beteiligte sich an dieser Bewegung, wobei sie nicht nur gegen die Kapitalisten und die Reformisten, sondern auch gegen die Rechten und die Versöhner zu kämpfen hatte, die gegen die neue Taktik der KP Deutschlands in den wirtschaftlichen Kämpfen waren. Die Gewerkschaftsopposition organisierte und führte die Reichs- und Bezirkskongresse durch und hat schließlich die Betriebsrätewahlen 1929 durchgeführt und wiederum trat sie bei den Wahlen 1930 in mehr als 1000 Betrieben, wenn auch nicht überall mit gleichem Erfolg auf. Vorstehend wurden die Tatsachen aufgezählt, die besagen, daß die Verbindungsorganisation der Partei zu den Massen durch die Gewerkschaftsopposition mehr oder minder normal funktionierte. Leider sind die Tatsachen, die besagen, daß diese Verbindungsorganisation überhaupt nicht oder schlecht funktionierte, weit zahlreicher. Diese Tatsachen sind folgende:

a) Die Gewerkschaftsopposition mußte ihre Arbeit nach zwei Richtungen betreiben: außerhalb und natürlich innerhalb der Gewerkschaften. Die Arbeit außerhalb der Gewerkschaften mußte darin zum Ausdruck kommen, daß eigene führende Organe im Zentrum und in den Bezirken organisiert bzw. gefestigt, eine eigene Presse herausgegeben und ihr Vertrieb geregelt wurde. Ferner, daß unter den Organisierten und Erwerbslosen gearbeitet und die einen sowie die anderen zur Beteiligung an den eigenen Kongressen und Konferenzen herangezogen und die Erwerbslosen für die Erwerbslosenräte und -ausschüsse gewonnen wurden, die von ihr zu bilden waren; daß die Betriebsrätewahlen dort, wo die unorganisierten Arbeiter infolge ihrer zahlenmäßigen Stärke die Hauptrolle spielen, vorbereitet und durchgeführt, daß ihre Arbeit geleitet und der selbständige wirtschaftliche Kampf des Proletariats vorbereitet und geleitet wurde. Die zweite und nicht unwichtige Aufgabe der Gewerkschaftsopposition sollte darin bestehen, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten und dort unermüdlich, in energischer und sachgemäßer Tätigkeit die Reformisten von der Tagesarbeit zu verdrängen, an die sie sich immer noch klammern, und gleichzeitig vor den Mitgliedern der Gewerkschaften und den Arbeitermassen die verräterische und streikbrecherische Rolle der Reformisten zu entlarven. Die Gewerkschaftsopposition sollte durch ihre Mitglieder innerhalb der betreffenden Gewerkschaften nicht nur mit einer rücksichtslosen Kritik der Reformisten auftreten, sondern auch eigene konkrete Vorschläge zu allen Fragen des gewerkschaftlichen Lebens in allen Versammlungen der Gewerkschaftsmitglieder, in allen Delegiertenversammlungen und auf allen Kongressen einbringen. Die Gewerkschaftsopposition sollte den Kampf führen um jede Wahlfunktion in der Gewerkschaft, wenn sich an diesen Wahlen Gewerkschaftsmitglieder beteiligen, unter denen die Gewerkschaftsopposition ihr Programm entfalten kann, unabhängig davon, ob sie diese Wahlfunktion zu erobern vermag oder nicht. Zwecks erfolgreicher Erreichung der ersteren Aufgabe — der Arbeit der Gewerkschaftsopposition außerhalb der Gewerkschaften — ist es unbedingt notwendig, zu wissen, was die Gewerkschaften tun und wie sie leben, denn bis jetzt sind die Reformisten, hinter denen der gesamte bürgerliche Staatsapparat steht, noch derart stark — und zwar

teilweise nicht ohne Schuld der Gewerkschaftsopposition —, daß sie den günstigen Ausgang eines beliebigen wirtschaftlichen Kampfes zu hintertreiben vermögen. In welchem Maße war die Gewerkschaftsopposition diesen Aufgaben gewachsen? Hätte sich die Gewerkschaftsopposition auch nur einigermaßen der ersteren Aufgabe gewachsen gezeigt, so hätte sie nicht nur ihren Einfluß in den Deutschland bestehenden Gewerkschaften gefestigt und verstärkt, in Wirklichkeit aber hat sie in vielen Gewerkschaften sogar ihren früheren Einfluß verloren. Dort aber, wo die Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften arbeitete — waren auch Erfolge. Die Gewerkschaftsopposition wird auf den 1930 bevorstehenden Kongressen der wichtigsten deutschen Landesverbände wohl kaum vertreten sein, während die Opposition in den früheren Jahren auf den Verbandstagen der Metallarbeiter, der Bergarbeiter usw. bereits bis zu 40 Prozent der Mandate innehatte (1923). Natürlich gibt der Umstand, daß auf den wichtigsten Gewerkschaftskongressen die Vertreter der Gewerkschaftsopposition fehlen, noch kein klares und genaues Bild von ihrem Einfluß in den unteren Organisationen dieser reformistischen Gewerkschaften, denn die Gewerkschaftsbürokraten bedienen sich faschistischer Kampfmethoden, um die Wahl von Vertretern der Gewerkschaftsopposition zu diesen Kongressen zu hintertreiben, dennoch aber ist dies ein Zeichen des geschwächten Einflusses der Gewerkschaftsopposition in den wichtigsten Gewerkschaften Deutschlands.

In Berlin hat die Gewerkschaftsopposition im Holzarbeiter-, Metallarbeiterverband usw. früher fast die Hälfte und sogar einen größeren Prozentsatz aller Mandate zu den Delegiertenversammlungen erhalten. Heute dagegen wird die Gewerkschaftsopposition in Berlin, nach den vorliegenden nicht vollständigen Angaben, zu den Delegiertenversammlungen der Holzarbeiter nicht mehr als ein Drittel der vorjährigen Mandate und zu jenen der Fabrikarbeiter nicht mehr als die Hälfte erhalten, während sie bei den Metallarbeitern, wo die Gewerkschaftsopposition starke Positionen hatte, in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr mit einer verschwindenden Anzahl vertreten sein wird. Wodurch ist die Abschwächung der Arbeit der Gewerkschaftsopposition in den bestehenden Gewerkschaften zu erklären? In erster Linie dadurch, daß es schwer ist, in den Gewerkschaften zu arbeiten. Die Reformisten sind sehr gerissene Politiker, und sie bringen es sehr leicht fertig, unsere unerfahrenen Genossen vom revolutionären Wege abzulenken. Gelingt ihnen das aber nicht, so gehen sie mit Repressalien vor und schließen aus den Gewerkschaften aus, womit nicht selten auch die Entfernung aus dem Betriebe verbunden ist. Anstatt auf dieses Vorgehen der Reformisten durch eine energischere Arbeit der Gewerkschaftsopposition innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften zu antworten, verfielen die Funktionäre der Gewerkschaftsopposition im Zentrum und in den Bezirken sowie die verantwortlichen Funktionäre der Gewerkschaftsabteilungen der KP Deutschlands (Genosse Merker u. a.) auf höchst schädliche, „links“ sektiererische Ideechen, die die Untätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, gegen die die RGI in der Tat nicht genügend angekämpft hat, obwohl diese Ideechen von der RGI und von der Komintern abgelehnt wurden — rechtfertigen und sogar stimulieren. Das Wesen dieser „Ideechen“

besteht darin, daß die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften der reaktionärste Teil des Proletariats wären, daß sich die Unmöglichkeit der Eroberung auf den gesamten Apparat der reformistischen Gewerkschaften beziehe, infolgedessen auch auf den unteren Apparat bis zu den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben, daß die Gewerkschaftsinstanzen in den Betrieben in ihrer erdrückenden Mehrheit Streikbrecher und nur die unorganisierten und ungelernten Arbeiter fähig wären, die revolutionären Ideen aufzunehmen und sie in die Tat umzusetzen\*. Und so muß konstatiert werden, daß diese „Ideen“ der Passivität leider ein Echo in den Reihen der Gewerkschaftsopposition gefunden haben. Die Politik der Reformisten ist wirklich gemein. Anstatt daß aber diese Politik dazu führen würde, der Opposition neue Energie zum Kampf gegen die Sozialdemokraten und Reformisten einzuflößen, lassen diese Jammerrevolutionäre ungeheure Massen der Arbeiter und Angestellten ohne den kommunistischen Einfluß (der ADGB zählt 1930 4 800 000 Arbeiter und zusammen mit den Gewerkschaftsmitgliedern, den Angestellten des AFA und den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften sind es mindestens 7 Millionen). Auf Grund des offenbar „linken“ Sektierertums wurde die Einheitsfronttaktik von unten in den Betrieben nicht nur mit den sozialdemokratischen Arbeitern unter dem Vorwand, daß sie alle kleine „Zörgiebel“ seien, nicht angewandt, sondern auch nicht mit den Mitgliedern der reformistischen Gewerkschaften, mit der Begründung, daß sie „den reaktionärsten Teil des Proletariats“ darstellen. Diese sektiererisch gestimmten Genossen begreifen nicht, daß man sogar zur Bildung der selbständigen Gewerkschaften, von denen sie so viel sprechen, den Reformisten ebenfalls einen mehr oder minder bedeutenden Teil der Mitglieder ihrer Gewerkschaften ausspannen, daß man dazu aber auch innerhalb aller Gewerkschaften arbeiten muß.

Das ZK der KP Deutschlands begann rechtzeitig den entschiedenen Kampf gegen dieses „linke“ Sektierertum. Das muß begrüßt werden und es ist zu hoffen, daß dieser Kampf schon in der allernächsten Zeit seine Resultate zeitigen wird. Die letzten neun Monate des Jahres 1929 und die ersten fünf Monate des Jahres 1930 weisen in Deutschland keine großen wirtschaftlichen Streiks und Aussperrungen auf. Die Beteiligung der Gewerkschaftsopposition an jenen Streiks aber, die in dieser Zeit stattgefunden haben, war eine wenig merkliche. Vor kurzem kam es zu dem Streik der zehntausend Konfektionsarbeiter unter der Führung der Reformisten. Dieser Streik trug Offensivcharakter, für Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Unter dem Druck der Massen erklärten die Reformisten den Streik und würgten ihn auch wiederum ab, wie üblich ohne Widerstand der Gewerkschaftsopposition.

\* Die Urheber dieser „linken“ Theorien sagen und schreiben natürlich nicht, daß sie gegen die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften sind, da hierüber klare Beschlüsse der RGI und der Komintern vorliegen. Sie verstecken sich hinter „linken“ Phrasen von der Art, daß man in den reformistischen Gewerkschaften „nur“ in den Betrieben arbeiten kann, weil dort die organisierten und unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind. Diesen Urhebern ist jedoch gut bekannt, daß die Gewerkschaftsopposition nicht gerade gut in den Betrieben arbeitet bzw. mit ihnen Fühlung hat und daß infolgedessen eine Beschränkung der Arbeit auf den Betrieb gleichbedeutend damit ist, die Arbeit in den Gewerkschaften auf ein Minimum zu reduzieren.

b) In diesem Jahre laufen die Kollektivverträge in den wichtigsten Produktionszweigen für annähernd 5 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ab. Es war notwendig, daß sich die Gewerkschaftsopposition auf diese Bewegungen vorbereiten mußte, solche Weisungen wurden schon im Vorjahre von den zuständigen führenden Instanzen gegeben. Die Situation des Kampfes des deutschen Proletariats Ende 1929 und Anfang 1930 hat sich außerordentlich kompliziert. Die Annahme des Young-Plans und das mit ihm zusammenhängende System von Finanz- und Etatmaßnahmen, die die ganze Last der Reparationen auf die Werktätigen Deutschlands abwälzen, verschärft die Lage außerordentlich, die seitens der Unternehmer und der reformistischen Organisationen unter dem Vorwand der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt vorbereitete allgemeine Offensive gegen das Lebenshaltungsniveau des Proletariats in allen Formen, einschließlich der unmittelbaren Verlängerung der Arbeitszeit und der Herabsetzung sogar des Nominallohnes; die seitens der Bourgeoisie erfolgende Ausnutzung der Kombinierung der Wirtschaftskrise und der weiteren Rationalisierung und der damit zusammenhängenden außerordentlich schweren Erwerbslosigkeit zur Führung dieser Offensive in der Hoffnung auf eine Verringerung der Widerstandsfähigkeit der breiten Arbeitermassen in den Wirtschaftskämpfen — alles das forderte von der Gewerkschaftsopposition eine sorgfältig durchdachte, breit vorbereitete, auf einer festen erprobten Führung sowie auf der Aktivität der Massen beruhende entschlossene und gleichzeitig elastische, mit einem Wort bolschewistische Taktik. Insbesondere durfte man sich nicht auf die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage beschränken, sondern mußte die Konjunktur jedes Betriebes einzeln studieren, um feststellen zu können, in welchen Betrieben Forderungen aufzustellen und wie diese je nach den konkreten Kampf- und Kräfteverhältnissen beschaffen sein müssen. Es sind bereits fünf Monate des Jahres 1930 verstrichen. Die Kollektivvertragskampagne ist in vollem Gang. Die Unternehmer greifen an der ganzen Front alle in den blutigen Revolutionstagen 1919—1921 erzielten Errungenschaften der Arbeiterklasse an, die Verschlechterung der Erwerbslosen- und Krankenversicherungsgesetzgebung durch Verringerung der Unterstützungen um 700 Millionen Mark im Jahr ist bereits durchgeführt, oder steht bevor. Die Sozialdemokraten und die Reformisten haben alles, was möglich ist, getan, um der Bourgeoisie die Durchführung ihrer Aufgaben zu erleichtern.

Wie hat sich nun die Gewerkschaftsopposition auf die Kollektivvertragskampagne vorbereitet? Der erste Versuch der Gewerkschaftsopposition, bei dem Abschluß des Kollektivvertrags der Bauarbeiter einzugreifen und einen Streik auszulösen, endigte mit einem Mißerfolg. Nunmehr hat die Revision der Kollektivverträge für die 525 000 Metallarbeiter einiger wichtiger Gebiete Deutschlands (Berlin, Ruhr, Sachsen, Wasserkante) begonnen. Der Grundlohntarif der Metallarbeiter läuft im Herbst ab. Neben diesem Tarif läuft der „Manteltarif“ im Juni dieses Jahres ab. Die Reformisten aus dem Metallarbeiterverband sind „radikal“ gestimmt. Sie haben die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 und 47 Stunden in der Woche und nach Lohnerhöhung um 25—30 Prozent aufgestellt. Sie zeigen sich natürlich nur deswegen so radikal, um die Wachsamkeit der Metall-

arbeiter, deren Unzufriedenheit wächst, einzuschläfern und zu verhindern, daß sie sich um die Gewerkschaftsopposition zusammenschließen. Das ist nur eine der Methoden zur Einlullung der Arbeiter. Die Führer der deutschen reformistischen Gewerkschaften führen augenblicklich dieses „linke“ Streikbrechermanöver an breiter Front durch und bemänteln damit die veräterische, hinter den Kulissen vor sich gehende Verständigung der sozialdemokratischen und reformistischen Führer mit den Unternehmerorganisationen. Tarnow, Husemann u. a. halten im Parlament, in den Versammlungen vor den Arbeitern heuchlerische Reden über den Siebenstundentag usw. und verhandeln gleichzeitig mit den Trustherren über die Verlängerung der Arbeitszeit und den Abbau des schon ohnehin niedrigen Nominallohnes.

Leider erwies sich die Gewerkschaftsopposition als unvorbereitet und fand sich in der beim Ablauf der Tarifverträge eingetretenen Situation schlecht zurecht. Es wurden deshalb aus der Mitte der Gewerkschaftsopposition Stimmen laut, daß man den Kampf auf den Herbst bis zum Augenblick der Revision des Grundlohntarifs verschieben soll, um sich besser organisieren zu können. Die zuständigen leitenden Instanzen einerseits und die Streiks sowie die Demonstrationen der Metallarbeiter des Ruhr-, des Mansfelder Gebiets und Sachsens gegen den verkündeten Abbau des Arbeitslohnes und gegen den Schiedsspruch andererseits zwangen diese Genossen aus der Gewerkschaftsopposition, ihre Absicht der Verschiebung des Kampfes bis zum Herbst aufzugeben. Das ZK der KP Deutschlands wird zweifelsohne alle Maßnahmen ergreifen und die ganze Partei mobilisieren, um den Kampf der Metallarbeiter und der Arbeiter der anderen Produktionszweige Deutschlands zu organisieren und zu leiten. Dennoch aber muß gesagt werden, daß sich die Gewerkschaftsopposition schwach und schlecht auf den Neuabschluß der Kollektivverträge vorbereitet hat.

Offenbar haben auch hier nach alten Traditionen einige Parteiorganisationen diese Arbeit der Gewerkschaftsopposition allein überlassen.

Wie anders ließe sich sonst jene Hilflosigkeit erklären, die die roten Betriebsräte, die Parteizellen, die revolutionären und die Gewerkschaftsvertrauensleute sowie die Anhänger der Gewerkschaftsopposition in diesen Großbetrieben während der Offensive des Kapitals an den Tag gelegt haben. In vielen dieser Betriebe haben sich die roten Betriebsräte mit den Arbeiterentlassungen einverstanden erklärt.

Welche niederschlagende Wirkung das auf die Arbeiter hatte, ist aus den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen in diesem Jahr in den 20 großen Betrieben ersichtlich, von denen vorstehend die Rede war.

Das Resultat dieser äußerst schädlichen Sorglosigkeit und dieser in „linke“ „revolutionäre“ Phrasen gekleideten Passivität, der schlechten Kontrolle und der ungeschickten Führung zahlreicher Parteiorganisationen bestand nicht nur darin, daß es dem Sozialfaschismus noch einmal — wir wollen hoffen nicht auf lange — gelungen ist, in einer Reihe von Großbetrieben seine Positionen zu behaupten, sondern auch, daß es den Faschisten sogar gelungen ist, in denselben Betrieben ihre Positionen sogar zu verstärken. Die Faschisten entwickelten eine eifrige demagogische Arbeit in den Betrieben und dort, wo sie seitens der kommunistischen Organisation und der

Gewerkschaftsopposition keine genügende Abfuhr erhielten, sind sie stärker geworden.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftsopposition in den Jahren 1929 und 1930 kann somit wie folgt zusammengefaßt werden:

a) Sie hat im Zentrum und in den Bezirken eine Organisation geschaffen, die es verstanden hat, in verhältnismäßig kurzer Frist mit den breiten organisierten als auch den unorganisierten, Arbeitermassen Fühlung zu nehmen und, was die Hauptsache ist, die selbständigen Kämpfe des Proletariats in München-Gladbach, im Ruhrgebiet, an der Wasserkante usw. zu führen; dasselbe sehen wir wieder gegenwärtig in den heldenhaften Kämpfen der Arbeiter in Mansfeld und an der Ruhr;

b) durch ihre offen revolutionäre Arbeit ist die Gewerkschaftsopposition den breiten Arbeitermassen bekannt geworden, wodurch sie es fertigbrachte, eigene Listen bei den Betriebsrätewahlen 1930 in einer großen Anzahl (über 100) von Großbetrieben Deutschlands aufzustellen\*;

c) in den Betrieben, wo die Gewerkschaftsopposition auch nur einigermaßen gut arbeitete (Ruhrgebiet, Oberschlesien), und auch dort, wo sie selbständige Listen aufstellte und nicht durch eine frühere opportunistische Arbeit kompromittiert war, hat sie den Reformisten einen fühlbaren Schlag versetzt und die Zahl der ihrerseits aufgebrachten, den Sozialdemokraten ausgespannten Stimmen verdoppelt.

#### Verluste:

a) In jenen Großbetrieben, wo die Gewerkschaftsopposition die Betriebsräte in der Hand hatte und wo sie den Opportunismus in der Praxis sowie eine völlige Passivität walten ließ (und solche Fälle gibt es leider nicht wenige), hat sie eine ernsthafte Niederlage erlitten. Die Folge davon ist, daß die Positionen der KP Deutschlands in zahlreichen Großbetrieben erheblich schwächer geworden sind.

b) Die Gewerkschaftsopposition (und somit auch die Partei) hat ihre Positionen in den Gewerkschaften, von wenigen Ausnahmen abgesehen, geschwächt, wie das die Ergebnisse der Neuwahlen der u n t e r e n reformistischen Gewerkschaftsorgane in fast allen großen Gewerkschaften gezeigt haben. Bei den bevorstehenden Verbandstagen der großen Gewerkschaften wird die Gewerkschaftsopposition entweder überhaupt nicht oder durch eine unbedeutende Zahl von Delegierten vertreten sein.

c) Jene Ortsgruppen einzelner Gewerkschaften, die nach ihrer Auflösung durch die Reformisten wegen ihrer Weigerung, die opportunistische Linie durchzuführen, selbständig weiter existierten und sich der Gewerkschaftsopposition anschlossen (Berliner Rohrleger usw.), haben einen Teil ihrer Mitglieder verloren. Die Schwächung des Einflusses der Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften konnte nicht umhin, die Positionen der Partei in den Betrieben zu schwächen. Es ergibt sich damit eine eigenartige Disproportion: die Partei und die Gewerkschaften können Hunderttausende von Menschen zu den Demonstrationen bringen, für die KP Deutschlands

\* Nach der offiziellen deutschen Statistik von 1925 gab es in Deutschland 37 000 Betriebe (mit über 50 Arbeitern) mit einer Gesamtzahl von 8 851 585 Arbeitern und Angestellten. Großbetriebe mit über 1000 Arbeitern gibt es in Deutschland über 1000.

stimmen Millionen Werktätiger bei den Wahlen zum Parlament, zu den Landtagen und Gemeinden, die Positionen der Partei aber in einer Reihe von Massenorganisationen des Proletariats, in vielen Großbetrieben werden nicht nur nicht größer und gefestigter, sondern sind sogar schwächer geworden.

### III

#### Ueber die KP Frankreichs

Die Ursachen, die die KPD hindern, ihren großen ideologischen Einfluß auf die breitesten Arbeitermassen zu verankern, sind keine deutsche Besonderheit. Mit einigen Abweichungen nach der einen oder andern Seite gelten sie auch für die anderen KI-Sektionen, besonders auch für die KPF, wo der Parteaufbau und die Arbeit in den Betrieben aufs stärkste vernachlässigt ist. Obwohl davon viel geschrieben und geredet wird, auch an Resolutionen in diesem Sinne kein Mangel ist, so bleibt doch alles nur auf dem Papier. Daher kann man sich eine Wiederholung und erneute Aufzählung der Ursachen all der Mängel ersparen, die bei der Betrachtung der Betriebsrätewahlen und ihrer Ergebnisse in den Großbetrieben Deutschlands von uns festgestellt worden sind.

Auch die KPF hat einen außerordentlichen Einfluß auf das Proletariat. Bei den Parlamentswahlen 1928 erhielt sie insgesamt 1 063 943 Stimmen von den 9 547 776 abgegebenen, bei einer Gesamtzahl der Wahlberechtigten von 11 395 330; die sozialdemokratische Partei erhielt 1 689 084 Stimmen (Frauen haben in Frankreich kein Stimmrecht, die Soldaten werden zwar in die Wählerlisten eingetragen, aber nehmen nicht teil an der Abstimmung; außerdem gibt es in Frankreich einige Millionen ausländischer Arbeiter, die nicht stimmberechtigt sind — der Einfluß der KPF unter ihnen ist sehr stark, obwohl die Arbeit höchst mangelhaft ist).

Was die Arbeitsbedingungen anbetrifft, so hat die KPF vor der KPD manches voraus: die Sozialdemokratie ist nicht so stark, die reformistischen Gewerkschaften sind nicht so zahlreich und fest, das Proletariat ist nicht in solchem Maße reformistisch und sozialdemokratisch organisiert, folglich ist die Arbeit in seinen Reihen leichter als in Deutschland. Endlich hat die KPF einen starken Einfluß auf die roten Gewerkschaften, die in Frankreich in bezug auf Mitgliederzahl hinter den Amsterdamer nur wenig zurückstehen, was ebenfalls die Möglichkeit erleichtert, den starken ideologischen Einfluß auf das Proletariat organisatorisch zu verankern. Wie nutzt die KPF diese Situation aus?

Bevor wir zu dieser Frage übergehen, müssen wir die wichtigsten, eingangs nicht aufgezählten Errungenschaften erwähnen. Im Lauf der letzten zwei Jahre hat die KPF eine große Arbeit geleistet. Bei den Parlamentswahlen 1928 hat sie die Taktik „Klasse gegen Klasse“ durchgeführt, was für ein Land wie Frankreich, wo alle Parteien vom Parlamentskretinismus verseucht sind und nur bei Wahlen aufleben und Aktivität an den Tag legen,

eine große Errungenschaft ist. Die Parlamentswahlen in Frankreich vollziehen sich in zwei Wahlgängen. Beim ersten Wahlgang stellen alle Parteien — und deren gibt es in Frankreich eine große Menge — ihre eigenen Kandidaten auf. In jenen Kreisen, wo im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Stimmenmehrheit erhält, kommt es zu Stichwahlen. In der Partei selber, ganz besonders in den entlegeneren Provinzen, wo die Ortsparteioorganisationen in Frieden und Eintracht mit den sozialdemokratischen Organisationen lebten (die KPF ist entstanden aus der Mehrheit der Sozialistischen Partei, die sich der KI anschloß, während die Minderheit sich abspalten und den alten Namen beibehalten hat), begann eine Kampagne für Abkommen mit den Sozialdemokraten für den zweiten Wahlgang. Die KPF überwand aber diese opportunistischen Stimmungen und führte auch die Stichwahlen gegen alle Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie durch, und der KPF gelang es bei diesen Wahlen zum erstenmal, die Sozialdemokratie aus einer Reihe wichtiger Industriebezirke zu verdrängen. Dies führte zu einer Einheitsfront sämtlicher Parteien gegen die KPF. Aus eigener Kraft brachte diese 11 Abgeordnete ins Parlament. Die Taktik „Klasse gegen Klasse“ rief in der Partei große Schwankungen hervor, wurde aber vom Proletariat energisch unterstützt. Sie erhielt 177 943 Stimmen mehr als bei den letzten Parlamentswahlen. Heute ist in der KPF wohl kaum ein Parteimitglied zu finden, das sich entschließen würde, die Rückkehr zu früheren Wahlkombinationen zu vertreten — das ist jetzt eine überwundene Etappe. Die Partei hat einen entschlossenen Kampf gegen den Opportunismus in der Praxis durchgeführt, namentlich in den Gemeindevertretungen, wo die praktische Arbeit der Kommunisten sich fast in nichts von der praktischen Arbeit der Sozialdemokraten unterschied (in Elsaß-Lothringen, in der Straßburger Gemeindevertretung schlossen Kommunisten mit den Nationalisten einen regelrechten Block zur gegenseitigen Unterstützung). Im Kampf gegen solche Kommunisten scheute die KPF nicht davor zurück, durch Neuwahlen an die Massen zu appellieren, indem sie der Munizipalitätsfraktion, deren Mehrheit der Partei treu geblieben war, die Niederlegung der Mandate vorschrieb und auf diese Weise neue Wahlen unvermeidlich machte (St. Denis). Der 1. August, der internationale Kriegstag, wurde von der KPF gut durchgeführt, ebenso auch der 6. März, der internationale Tag gegen die Arbeitslosigkeit, und der 1. Mai 1930. An diesem Tage streikten in Paris allein zirka 300 000 Arbeiter, obwohl auf den Mißerfolg bei Organisierung der Demonstration hinzuweisen ist.

Die Parteileitung führte und führt eine entschlossene Kampagne gegen die Rechten und Versöhnler in der Partei sowie gegen den Anarchosyndikalismus und Opportunismus in den roten Gewerkschaften, die die Durchführung der Taktik „Klasse gegen Klasse“ hinderten. Diese vertraten den Standpunkt, die Partei dürfe sich nicht in die Angelegenheiten der roten Gewerkschaften einmischen, sie tue es aber, indem sie die Gewerkschaftsmitglieder zur Arbeitsruhe am 1. August, am Internationalen Roten Tag auffordert. Der Sekretär der roten Buchdrucker- und Papierarbeitergewerkschaft in Roubaix-Tourcoing drohte: „Wer am 1. August streikt, wird aus dem Verband ausgeschlossen.“ Ebenso führte sie eine Kampagne gegen einen Teil der Redakteure der „Humanité“ durch, die diesen Kampf er-

schwerten: Sechzehn von ihnen wurden entfernt unter Bekanntgabe der Gründe in der Presse.

Schließlich wurde vom ZK der KPF am 1. August 1929, trotzdem die französische Regierung die Mehrzahl der leitenden Genossen aus den Zentralorganen der Partei und der roten Gewerkschaften unter der Anklage der Staatsverschwörung verhaften ließ, ein Polbüro eingesetzt, das, um polizeilichen Verfolgungen zu entgehen, nicht offen arbeiten konnte. Es erwies sich im großen und ganzen trotz mehreren ernstlichen Mißgriffen seinen Aufgaben gewachsen. Der Nationalrat der roten Gewerkschaften setzte eine provisorische Leitung ein, die zahlreiche Streiks mit mehr oder weniger Erfolg führte.

Trotzdem das ZK der KPF eine ganz richtige und konsequente Linie durchführte, so beging es dabei doch eine Reihe von Fehlern, die das Ansehen des ZK und folglich auch der Partei schädigten. Alle durchaus richtigen und notwendigen Orgmaßnahmen des ZK gegen alle Spielarten des Opportunismus gingen nicht Hand in Hand mit einer genügenden und gleichzeitigen ideologischen Kampagne in der Partei, Presse und in Arbeiterversammlungen. Die Opportunisten und Renegaten unternahmen gegen die KP heftige Vorstöße. Diese aber griff jene nicht an, eröffnete nicht das Feuer gegen die Renegaten, sondern beschränkte sich zunächst auf die Defensive. Dies verursachte weitere Mitgliederverluste. In Elsaß-Lothringen, wo der Haß gegen die Franzosen groß ist und unter den Werktätigen bestimmte Tendenzen zur Herstellung einer Einheitsfront aller elsäß-lothringischen Parteien gegen die Franzosen bestehen, hätte die KPF die bolschewistische nationale Politik klar und deutlich formulieren, sie zum Gemeingut aller elsäß-lothringischen Parteiorganisationen machen müssen. Es kam aber anders. Als die Führer der elsäß-lothringischen Parteiorganisationen mit bürgerlichen Parteien einen Block schlossen, wurden sie mit Recht vom ZK der KPF aus der Partei ausgeschlossen, ihnen folgte aber leider die Mehrheit der Straßburger Parteimitgliedschaft. Die Aufklärungskampagne vor und unmittelbar nach dem Ausschluß der sechs Pariser Munizipalräte und Renegaten aus der Munizipalität von St. Denis war ungenügend. Die Folge davon war, daß die KP bei den Neuwahlen der Gemeindevertretung von St. Denis weniger Stimmen erhielt als bei den vorjährigen Wahlen und im ersten Wahlgang keine Mehrheit erzielte. Es fiel der Leitung, die nicht offen auftreten konnte, nicht leicht, die legale Partei anzuleiten. In den allgemeinen Partei- und Bezirkskonferenzen hielten im Namen des ZK solche Genossen Referate, die die Meinung des ZK nicht zum Ausdruck brachten, so daß das Polbüro sich genötigt sah, in der Presse oder mit Hilfe von Briefen die Konferenzdelegierten und Parteimitglieder über seine Linie in einer Reihe wichtiger Fragen zu informieren. Diese Methode, die Stellungnahme von ZK-Vertretern nachträglich zu korrigieren, konnte natürlich nicht zum Erstarren der Autorität der Parteileitung beitragen.

Dem Parteiaufbau und den Orgfragen maß die Parteileitung nur geringe Bedeutung bei, außerdem brachte sie, und mit ihr die Gesamtpartei, dem Kampf gegen die Sozialdemokraten nicht die erforderliche Aufmerksamkeit entgegen. Während der Parlamentswahlen 1918 war es der KPF

gelingen, in vielen Wahlkreisen den Sozialdemokraten einen schweren Schlag zu versetzen. Sie hat es aber nicht verstanden, diesen Erfolg auszunützen, hat ihn nicht durch Weiterführung der Kampagne verankert. Den Sozialdemokraten aber gab die erlittene Niederlage den Anstoß zu einer Gegenkampagne. Sie verbesserten und erweiterten ihr Zentralorgan, das heute eine heftige Schmutzkampagne gegen unsere Partei führt, sie bauten ihre Parteiorganisation aus und aktivierten sie, während die KPF und die „Humanité“ in ihrer Offensive gegen die Sozialdemokraten gerade in dem Augenblick nachließen, wo die heranreifende Weltwirtschaftskrise auch Frankreich erreicht hat und der Kampf der Arbeiter zweifellos einen erbitterten Charakter annehmen wird. Erst jetzt machen sich die ersten Anzeichen der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Da es aber in Frankreich über 3 Millionen ausländische Arbeiter gibt, die sich aktiv an den sich mehrenden Streiks mit wachsender Teilnehmerzahl (Januar 1930 — 150 Streiks mit 79 581 Teilnehmern) beteiligen, so wird die Bourgeoisie unter Führung der Sozialdemokraten und quasi zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Kampagne für Entfernung der Ausländer aus der Industrie und aus dem Lande einleiten, um die Arbeiterschaft zu spalten. Indes sind die ausländischen Arbeiter in den Hauptzweigen der französischen Wirtschaft tätig, und zwar im Bergbau, in der chemischen und Metallindustrie und in der Landwirtschaft. Unter diesen ausländischen Arbeitermassen leisten Partei und rote Gewerkschaften fast keine Arbeit. Angesichts dessen muß der Kampf gegen die Sozialdemokratie verhundertfacht werden. Daher müssen die „Humanité“ und die übrige Parteipresse der KPF, darunter auch die Betriebszeitungen, nicht nur eine systematische Aufklärungskampagne gegen die französischen und internationalen Sozialisten führen, die Rolle der Macdonalds in England, der Müller in Deutschland entlarven und zugleich gegen die „Arbeiter- und Bauernpartei“ der Renegaten kämpfen, sondern sie müssen auch dafür sorgen, daß keine einzige von den Sozialdemokraten und der „Arbeiter- und Bauernpartei“ ausgestreute Verleumdung von der Partei unwiderlegt bleibt, denn diese Verleumdungen sind das Hauptmittel, mit dem die beiden Parteien arbeiten\*. Unverzüglich, noch ehe die Arbeitslosigkeit einen großen Umfang angenommen hat, muß unter den ausländischen Arbeitern eine eifrige Arbeit entfaltet werden. Es sind eine Reihe von Forderungen in bezug auf soziale Gesetzgebung, insbesondere Arbeitslosenversicherung auch für ausländische Arbeiter auszuarbeiten und zu popularisieren. Die KPF und die roten Gewerkschaften müssen die ausländischen Arbeiter, die mit einsetzender Massenarbeitslosigkeit Gegenstand einer Hetze sein werden, in Schutz nehmen, bei starker Arbeitslosigkeit können die ausländischen Arbeiter, die weder in die roten Gewerkschaften noch in die KPF hineingezogen sind, ein starkes Hindernis für den Kampf des französischen Proletariats sein.

Noch viel schlechter steht es auf dem Gebiet der Orgarbeit. Die Grundbasis der Partei bilden immer noch die meist gänzlich untätigen Wohnbezirksorganisationen. Als passives Anhängsel gibt es hie und da Betriebszellen, um die man sich aber wenig kümmert. Es ist unter solchen Verhält-

\* Die aus der KPF ausgeschlossenen Munizipalräte und Renegaten haben eine eigene „Arbeiter- und Bauernpartei“ geschaffen, die Hauptlieferantin all dieser Verleumdungen.

nissen geradezu ein Wunder, daß manche von ihnen ausgezeichnete Arbeit leisten, sie geben Betriebszeitungen heraus und haben großen Einfluß auf die Belegschaften ihrer Betriebe. Die Unterbezirksleitungen der großen Städte und auch die Bezirksleitungen, die die ganze Parteiarbeit durchführen, die Parteigruppen und -zellen anleiten, instruieren und kontrollieren sollten, sind selber ganz hilflose Organisationen. Mit geringen Ausnahmen haben sie weder einen Apparat noch besoldete Arbeitskräfte, mit deren Hilfe sie die Führung verwirklichen. Die Gebietsleitungen arbeiten ebenfalls schlecht. Es sind „Parlamente“, die nur selten zusammentreten. Es ist vorgekommen, daß in der Zeit zwischen zwei Gebietskonferenzen überhaupt keine Plenarsitzungen der Gebietsleitungen abgehalten wurden. Ihre Büros leisten in der Regel keine kollektive Arbeit. Es arbeitet meist nur das Sekretariat oder nur der Sekretär, der im Namen der Gebietsleitung wichtige Beschlüsse faßt. Aehnlich liegen die Dinge in den Unterbezirks- und Bezirksleitungen. Die Plenarsitzungen der Gebietsleitungen, wenn sie einmal zusammentreten, sind schlecht vorbereitet. Der Apparat ist schwach, die Zahl der besoldeten Funktionäre, die ihre ganze Zeit der Parteiarbeit widmen, ist gering. Ihre Verbindung mit den Bezirksleitungen ist schwach, deshalb kann auch die Anleitung keine gute sein. Vor kurzem erstattete der Sekretär der Leitung eines der bedeutendsten Gebiete Frankreichs Bericht in der französischen Kommission des EKKI. Er berichtete eingehend über die Lage in der sozialdemokratischen Organisation seines Gebiets, sagte aber nichts Konkretes über die Lage der kommunistischen Organisation. Auf die gestellten Fragen über Zahl der Zellen und Mitglieder, über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft antwortete er, er könne darüber nichts sagen, da die Gebietsleitung von den Bezirksleitungen kein einschlägiges Material erhält. Dafür aber konnte er mit größter Sachkenntnis und lobenswerter Genauigkeit über Mitgliederzahl, soziale Zusammensetzung usw. der sozialdemokratischen Organisation Auskunft geben. In den meisten Fällen gibt es in den unteren Parteiorganisationen kein reges Leben, keine agitatorische, propagandistische und organisatorische Kleinarbeit, weder in den Wohnbezirksorganisationen noch in den Betrieben. Die Mehrzahl der Parteiorganisationen legen nur in außerordentlichen Fällen, meistens vor Parlaments- und Munizipalwahlen, vor wichtigen Demonstrationen, Aktivität an den Tag. Dann, man muß ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen, leisten sie gute Arbeit. Daher ist es ganz verständlich, daß die „Humanité“ in höherem Maße als die Zentralorgane anderer kommunistischer Parteien kapitalistischer Länder die Rolle eines Organisations- und Führers der Arbeitermasse spielt. Die Arbeiter sehen die Kommunistische Partei hauptsächlich in Gestalt der „Humanité“, sie ist die verbreitetste kommunistische Zeitung der kapitalistischen Länder, ihre Auflage betrug an manchen Tagen 1928 225 000 Exemplare. Daher heißen fast alle Tagesblätter der KPF „Humanité“-Nimes, „Humanité“-Straßburg usw. Eben durch diese Rolle der „Humanité“ in der Arbeiterklasse läßt sich der Widerhall erklären, den die Parole „Verteidigt die ‚Humanité‘!“ in den breiten werktätigen Massen Frankreichs weckte. Die Arbeiter haben nicht nur durch Sammlung der erforderlichen Gelder die „Humanité“ gerettet, sondern haben sich aus eigener Initiative um sie organisiert. Sie schufen Komitees zur Verteidigung der „Humanité“. Die „Humanité“ war der Mittelpunkt der Bewegung, nicht die

Partei, denn die Arbeiter sehen die Parteiorganisationen nicht, wissen nichts von ihnen. Hier einige Tatsachen, die das Gesagte erhärten:

1. Während der letzten Parlamentswahlen 1928 wurde die Partei in ihrer Wahlarbeit von mindestens 300 000 parteilosen Arbeitern unterstützt. Aber sie wurden weder in die Partei noch in die roten Gewerkschaften hineingezogen.

2. Im Jahr 1929 verlangte die Bourgeoisie, um das Zentralorgan der KPF, die „Humanité“, in ihre Hände zu bekommen, die sofortige Deckung der Verpflichtungen der „Humanité“ an die Arbeiter- und Bauernbank (über 2 Millionen Franken). Ohne Unterstützung des Proletariats konnte die „Humanité“ diese Summen nicht aufbringen, und sie appellierte an die Arbeiterschaft. Und die Arbeiter retteten tatsächlich die Zeitung. Aus eigener Initiative (denn die Parteiorganisationen erfuhren meistens erst aus der „Humanité“, welche Betriebe für sie gesammelt hatten) bildeten die Arbeiter Komitees zur Verteidigung der „Humanité“ in den Wohnbezirken und in den Betrieben. Sie brachten insgesamt 2 200 000 Franken auf. Die französischen Arbeiter sind es nicht gewöhnt, irgendwelche Beiträge zu leisten. Und wenn sie binnen weniger Monate eine so große Summe aufgebracht haben, so zeugt dies erstens davon, wie groß der Einfluß der „Humanité“ auf breiteste proletarische Schichten ist, und zweitens von der ungeheuren Erregung der Arbeiterklasse Frankreichs beim Versuch der Bourgeoisie, ihr die „Humanité“ zu entreißen. In der Tat, selbst wenn man annimmt, daß jeder Arbeiter durchschnittlich 5 Franken für die „Humanité“ gegeben hat, was aber unterschätzt, so haben sich mindestens 440 000 Arbeiter an der Finanzierung der „Humanité“ beteiligt. Aber die Besten unter dieser halben Million Arbeiter wurden nicht einmal in die Partei und die Gewerkschaften hineingezogen, ja, noch mehr — mit geringen Ausnahmen — hat die Partei nicht einmal Verbindungen mit den Komitees zur Verteidigung der „Humanité“ angeknüpft, hat sie nicht angeleitet, hat sie nicht ausgenützt, um durch ihre Vermittlung aus den besten Elementen der Betriebe, wo diese Komitees spontan entstanden und wo es keine Betriebszellen gibt, wo aber Parteimitglieder beschäftigt sind, Betriebszellen zu bilden.

Die Zentrale und die Ortsleitungen haben diese gewaltige Errungenschaft unausgenützt gelassen, sie haben nichts getan, um mit Hilfe der Führer der Komitees zur Verteidigung der „Humanité“ in den Betrieben festen Fuß zu fassen. Ja, noch mehr, die Leitungen haben diese Komitees an der Erfüllung der Funktionen, aus denen heraus sie spontan entstanden sind, gehindert. In den Parteiorganisationen und leitenden Parteiorganen begann man die Frage zu erörtern, wie man diese Komitees am besten ausnützen könne. Die einen schlugen vor, ihre Funktionen und Aufgaben zu erweitern, sie in Kampfkomitees, Streikleitungen, Komitees zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus, Komitees zur Verteidigung der UdSSR usw. zu verwandeln. Andere wollten ihnen die Pflicht auferlegen, „alle Losungen der KP“ zu verteidigen. Die Leitung der KPF hat die große politische Bedeutung dieser Massenbewegung nicht richtig gewertet und hat falsche organisatorische Losungen ausgegeben. Im Leitartikel des Januarheftes der „Cahiers du Bolschevisme“ wird die Direktive ausgegeben, die Komitees zur Verteidigung der „Humanité“ in wahre Kampfkomitees zu verwandeln. In der Februar-

nummer desselben Organs wird im Namen der Orgabteilung des ZK folgende Direktive erteilt: „Unsere allgemeine Losung muß sein — Verwandlung der Komitees zur Verteidigung der ‚Humanité‘ in Kampf- oder Betriebskomitees.“ In der Pariser Organisation und in der Parteileitung aber herrscht eine andere Meinung: es wurde dem Bestreben der Komitees zur Verteidigung der ‚Humanité‘, sich in ständige Organisationen zur Unterstützung der Zeitung zu verwandeln, entgegengearbeitet. Der Umstand, daß diese Komitees, ohne die Sammlungen für das Zentralorgan einzustellen, von ihren Mitgliedern regelmäßige Beiträge für die ‚Humanité‘ zu erheben begannen, wurde als schädlich angesehen. Diese Politik gegenüber einer von den Arbeitern selber geschaffenen Massenorganisation wird noch bis zum heutigen Tage fortgesetzt. In der Nummer vom 10. Mai, in der von der Orgabteilung des ZK redigierten Rubrik „Parteileben und -aufbau“, wendet sich die ‚Humanité‘ gegen die Gebietsleitung Ost, weil diese in einem Rundschreiben ihren Ortsorganisationen empfiehlt, nach dem Beispiel der Komitees zur Verteidigung der ‚Humanité‘ ein ständiges Komitee zur Verteidigung des Parteiorgans des Gebietes, „Le Semeur“ („Der Säer“), mit einem Jahresbeitrag von 2 Franken zu schaffen. Die Zeitung schreibt: „Die Komitees zur Verteidigung des ‚Semeur‘ müssen Kampfkomitees sein, die Einheitsfrontorgane und nur vorübergehende Organisationen sind. Daher können sie nicht von ihren Mitgliedern Beiträge für die Zeitung erheben.“ Anstatt diese Bewegung breiter zu entfalten, zu fördern und organisatorisch zu erfassen, anstatt die schöpferisch organisatorische Initiative der Komitees zur Verteidigung der ‚Humanité‘ zu popularisieren und zu ihrer Nachahmung aufzufordern, anstatt an der Verwandlung dieser Komitees zur Verteidigung und Unterstützung der Zeitung in ständige Informatoren und Korrespondenten der ‚Humanité‘ aus den Betrieben zu arbeiten, mit ihnen Fühlung zu gewinnen, ihre besten Elemente in die Partei und in die roten Gewerkschaften hineinzuziehen, anstatt mit Hilfe der revolutionären Elemente dieser Komitees die Arbeiter zu beeinflussen, damit sie Kampfkomitees bilden usw., erhoben unsere Parteiorganisationen ein Geschrei über Abweichungen, begannen sie über die Achsel anzusehen und ihnen Funktionen aufzudrängen, die Sache der Parteiorganisationen und roten Gewerkschaften sind. Das Resultat dieser Taktik war die Beeinträchtigung der Masseninitiative, und da diese breite Bewegung nicht die erforderliche Unterstützung und Führung gefunden hat, so geht sie in derselben spontanen Weise, wie sie entstanden ist, mit jedem Tag zurück, und wenn das ZK nicht endlich außerordentliche Maßnahmen ergreift, um die Bewegung richtig anzuleiten, so wird sie im Sande verlaufen.

Die Resultate dieser falschen Taktik der Partei gegenüber den Komitees zur Verteidigung der ‚Humanité‘ haben nicht lange auf sich warten lassen. Statt die Leserwerbung für die ‚Humanité‘ zu steigern, was angesichts einer solchen Massenbewegung durchaus im Bereich der Möglichkeit lag, ist die Auflage der ‚Humanité‘ um einige Tausend zurückgegangen. Ist also die Geschichte mit den Komitees zur Verteidigung der ‚Humanité‘ nicht ein krasses Beispiel dafür, wie verständnislos die Parteiorganisationen der organisatorischen Verankerung ihres wachsenden politischen Einflusses gegenüberstehen? Darf man sich danach wundern, daß die Fluktuation unter der

Parteimitgliedschaft in der KPF eine dauernde Erscheinung ist? Dabei verlassen viel mehr Mitglieder die Partei als neue hinzukommen, denn die Mitgliederzahl der KPF geht ständig zurück. Welche anderen Gründe kann es dafür geben? Die politische Linie der Partei ist ja im großen und ganzen richtig. Auch der Terror des Staatsapparates und der Unternehmer kann nicht zur Erklärung angeführt werden, denn bis vor kurzem litten die Betriebe an Arbeitermangel, und die Entlassenen erhielten stets andere Arbeit. Die Aktivität der Arbeiter wächst. Die Arbeiter beteiligen sich auf Aufforderung der roten Gewerkschaften und der Partei (mittels der „Humanité“) an den Versammlungen, Demonstrationen und Streiks, trotzdem es bei diesen Aktionen stets zu Zusammenstößen mit der Polizei kommt. Das Beispiel der „Humanité“ hat gezeigt, daß es den französischen Arbeitern auch nicht auf das Geld ankommt, sie haben ja binnen weniger Monate 2 200 000 Franken gesammelt. Was hält sie folglich vom Eintritt in die Partei ab, wenn nicht die Tatsache, daß die Parteiorganisationen kein kommunistischer Stab sind, der sowohl bei Aktionen wie im „Frieden“ arbeitet. Viele Genossen wundern sich darüber, daß in den kommunistischen Parteien nur sehr langsam neue tüchtige Kader heranwachsen. Solche Kader können aber nur da entstehen, wo praktische Arbeit geleistet wird. Durch Arbeit wachsen die Menschen. Wenn aber nur von Fall zu Fall, von Wahl zu Wahl und von Demonstration zu Demonstration gearbeitet wird, so können aus solcher Arbeit nicht solche und nicht soviel Kräfte hervorgehen, wie wir sie jetzt brauchen.

Wie arbeiten die roten Gewerkschaften? In Frankreich sind nur höchstens 7—8 Prozent der Arbeiter und Angestellten gewerkschaftlich organisiert. In Paris sind von 300 000 Metallarbeitern nicht mehr als 3000 organisiert. Die reformistische CGT hat über 500 000 und die CGTU (rote Gewerkschaften) 409 000 Mitglieder (Arbeiter und Angestellte). Die Organisationsformen sind in diesen Gewerkschaftsverbänden fast die gleichen. Sie sind nach dem Territorialprinzip organisiert, nicht nach dem Beschäftigungsort der Mitglieder. Die Reformisten wollen keine Umstellung der Gewerkschaften auf Betriebsgrundlage; die Führer der roten Gewerkschaften schreiben viel darüber und reden noch mehr, aber sie tun sehr wenig dazu. Die Taktik und die Arbeitsmethoden waren natürlich verschieden, aber noch bis zuletzt unterschieden sich die Arbeitsmethoden nicht wesentlich voneinander. Die Reformisten sprachen nicht viel von Streiks, sie wollten sie nicht haben, und wenn es trotzdem zu Streiks kam, so wurden sie von ihnen verraten; die roten Gewerkschaften reden viel von Streiks, aber in den meisten Fällen leisten sie keine Vorbereitungsarbeit, und wenn die Streiks spontan einsetzten, so ist es wiederholt vorgekommen, daß die Vertreter der roten Gewerkschaften den Streik bremsen und sogar die Arbeiter zum Abbruch des Streiks zu überreden versuchten (Bergarbeiterbewegung im Loire-Becken, Verhalten der Delegierten des Bergarbeiterverbandes im Nordbezirk, Haltung des Bergarbeiterverbandes im Moselgebiet u. a. m.); wenn aber die Arbeiter trotzdem streikten, so übernahmen die roten Gewerkschaften die Leitung nur widerwillig und führten sie ungeschickt genug durch. Daher ist es nur natürlich, daß die roten Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl nicht vermehrt, die Re-

formisten nicht entlarvt und selber nicht das erforderliche Ansehen in den Augen der gewerkschaftlich überhaupt nicht organisierten Arbeiter und Angestellten erworben haben. Die roten Gewerkschaften sind sogar numerisch zurückgegangen. Im Metallarbeiterverband haben sie starke Verluste erlitten.

Indessen war die Konjunktur für den Wirtschaftskampf in Frankreich ungleich besser als in den anderen Ländern. Anstatt die Arbeiter zu organisieren und zum Kampf zu rufen, hinkten die roten Gewerkschaften in den meisten Fällen hinter der Bewegung her und beschränkten sich auf eine defensive Taktik. Im Laufe der letzten Jahre ging über Frankreich eine ganze Streikwelle hinweg. Diese Streiks entstanden in der Hauptsache spontan (1927 — 443 Streiks mit 120500 Teilnehmern; 1929 bereits 1139 Streiks mit 470 100 Teilnehmern, die ersten Monate von 1930 brachten im Vergleich zu 1929 eine nochmalige Erhöhung). Diese Streiks wurden von den roten Gewerkschaften und der KPF in keiner Weise vorbereitet, beide waren dazu nicht gerüstet. Auf der Tagung des Nationalrats der CGTU 1929 erklärte der Führer der roten Gewerkschaften, Genosse Monmousseau: „Die Streikbewegung rollt über unsere Köpfe hinweg“, im Bericht an das EKKI konstatierte das ZK der KPF im März 1929: „In den Streiks, die stattgefunden haben oder stattfinden sollten, haben wir die größten Mängel an den Tag gelegt. Wir waren für ihre Führung absolut unvorbereitet.“

Die in beiden Erklärungen enthaltene Selbstkritik ist sehr streng, aber trotzdem ungenügend. Außer der Unfähigkeit, Streiks vorzubereiten und durchzuführen, zeigte sich bei den roten Gewerkschaften in vielen Fällen „Chwostismus“, legalistischer Kretinismus, Unterschätzung der Kampffähigkeit der Massen (Bergarbeiterbewegung im Loire-Becken) und Nichtverstehen der Rolle der Unorganisierten, die in Frankreich 92—93 Prozent der Arbeiterschaft bilden. Die Kampfbereitschaft der breiten Massen war so groß (es kam zu Streiks in solchen Orten wie Belfort, Brioux, Nancy, wo es schon seit Jahren keine Streiks gegeben hat), daß die Streikbewegung aus einer Gegend in die andere, von einem Industriezweig auf den anderen übergriff (in Belfort streikten zuerst 8000 Metallarbeiter, denen sich dann die Textilarbeiter anschlossen). Die Arbeitermassen spornten die roten Gewerkschaften an, zwangen sie geradezu, den Kampf zu führen. Nicht selten kamen Arbeiter zur Parteileitung und verlangten die Entfernung des einen oder andern „roten“ Saboteurs ihres Kampfes. Im Laufe dieser Streikkämpfe sind aus den Reihen der parteilosen Arbeiter zahlreiche neue Aktivisten hervorgegangen.

Es versteht sich von selbst, daß diese Lehren an der Parteiorganisation und an den roten Gewerkschaften nicht spurlos vorübergegangen sind. In letzter Zeit ist in den roten Gewerkschaften eine Aktivierung zu konstatieren, und die Parteiorganisationen beginnen endlich, den gewerkschaftlichen Angelegenheiten Interesse entgegenzubringen. Es wurden mehrere Streiks mit gutem Resultat durchgeführt, so z. B. zwei: in Guise, wo im Dezember 1929 1100 Metallarbeiter, zumeist unorganisierte, die Arbeit niederlegten. Zum Vorsitzenden des Streikkomitees wurde der Sekretär der Parteileitung gewählt. Die Munizipalität, in der die Kommunisten die Mehrheit hatten, stellte

sich auf die Seite der Streikenden und unterstützte sie energisch. Die Streikenden trugen einen Teilsieg davon. Nach dem Streik traten zirka 1000 Arbeiter — 90 Prozent! — dem roten Metallarbeiterverband bei. In Belfort, wo zirka 13 000 Textil- und Metallarbeiter (die ganze Stadt) streikten, wurden täglich Demonstrationen und Meetings veranstaltet. Am aktivsten erwiesen sich beim Streik Frauen und Jugendliche. Es wurden Verhaftungen vorgenommen, bei Zusammenstößen mit der Polizei gab es Verwundete. Der Streik nahm einen ausgesprochen politischen Charakter an, da die Sappeure, die zu Streikbrecherdiensten herangezogen wurden, einen Brief schickten, in dem sie erklärten, Streikbrecherdienste zu verweigern, und die Arbeiter baten, über ihr Regiment die Chefschaft zu übernehmen. Auch die Soldaten des 35. Artillerie-Regiments schickten einen Brief, worin sie sich mit den Streikenden solidarisch erklärten und ihnen die Versicherung gaben, auf die Arbeiter nicht zu schießen. Trotzdem die Streikleitung eine Menge Fehler und Mißgriffe begangen hat, und der Streik nur einen Teilerfolg hatte, gewannen die roten Verbände der Metall- und Textilarbeiter nach dem Streik 2400 neue Mitglieder.

Zeugen nicht diese zwei Beispiele davon, daß bei einigermaßen aktiver Arbeit die Arbeiter gern in die revolutionären Organisationen eintreten? Widerlegen sie nicht die „Theorie“, die französischen Arbeiter wären nicht gern organisiert oder blieben den revolutionären Organisationen aus Furcht vor dem Unternehmer- und Polizeiterror fern?

Wie ist es gekommen, daß die roten Gewerkschaften Frankreichs, die sich von den reformistischen eben deshalb abgespalten haben, weil sie mit der Linie, den Arbeitsmethoden und den Organisationsformen der Amsterdamer nicht einverstanden waren, nicht selber zu aktiven revolutionären Massengewerkschaften geworden sind, fähig zur Ausnützung einer günstigen Konjunktur, zur Vorbereitung, Organisierung und Führung der Wirtschaftskämpfe des Proletariats? An richtigen Beschlüssen, an klaren Direktiven der RGI, der KI und selbst des ZK der KPF sowie der Leitung der roten Gewerkschaften über die Organisierung roter gewerkschaftlicher Organisationen, über Vorbereitung und Führung von Streiks, über Mitgliederwerbung hat es nicht gefehlt. Ihre Durchführung wurde aber erschwert durch die alten anarchosyndikalistischen und reformistischen Traditionen und Gewohnheiten, durch die Abneigung der einen, Unfähigkeit der anderen alten Kader sowie Unerfahrenheit der jungen Elemente. Die Ursachen sind also die gleichen wie in Deutschland und in vielen anderen kommunistischen Parteien, obwohl sie in Frankreich hätten gänzlich vermieden oder leichter beseitigt werden können als in den anderen KI-Sektionen. Die „linken“ sektiererischen Theorien, die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften wären der rückständigste Teil des Proletariats usw., können auf Frankreich überhaupt nicht angewandt werden, da es dort rote Gewerkschaften gibt, an deren Spitze sowohl im Zentrum als auch in der Provinz fast ausschließlich Kommunisten stehen. (Es sei hierzu bemerkt, daß die KPF keinerlei Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften leistet, obwohl in ihnen eine halbe Million Arbeiter und Angestellte organisiert ist.) Die KPF hat es noch nicht verstanden, ihre Parteiorganisationen in die Erörterung und Entscheidung von Fragen der Gewerkschaftsbewegung sowie die

Parteimitglieder in die praktische Tätigkeit der roten Gewerkschaften hineinzuziehen. Das ZK glaubte, daß, wenn in das Polbüro einige Mitglieder aus der Leitung der roten Gewerkschaften übernommen sind, damit der Einfluß der Partei bereits gesichert sei. Fragen der Gewerkschaftsbewegung wurden von der Gesamtpartei nicht erörtert, kommunistische Gewerkschaftsfraktionen waren nicht überall organisiert und die Basis der roten Gewerkschaften ist bis jetzt noch nicht der Betrieb, die vorhandenen aber waren passiv oder funktionierten höchst mangelhaft. Diese Lage hat sich bis zum heutigen Tage nicht geändert. Einige Genossen aus dem Nationalrat der roten Gewerkschaften faßten Beschlüsse über die Schaffung von kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen und über die Verlegung des Schwerpunkts der Arbeit in die Betriebe. In Wirklichkeit aber gibt es in der Mehrzahl der roten Gewerkschaften noch bis zum heutigen Tage keine kommunistischen Fraktionen. Dies erklärt sich offenbar daraus, daß viele aktive Elemente der roten Gewerkschaften meinen, sie wären überflüssig, man könne ganz gut auch ohne Fraktionen auskommen, da die Gewerkschaftsleitungen fast zu 95 Prozent aus Kommunisten bestehen. Gibt es aber keine kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen, werden Gewerkschaftsfragen nicht in der Partei erörtert, so gibt es auch keine ständige Anleitung, keine sorgfältige Kontrolle über die Erfüllung der vor den roten Gewerkschaften stehenden Aufgaben. Die wichtigste, die ausschlaggebende „Transmission“, die Partei und Arbeitermassen verbindet, arbeitet daher sehr schlecht und unregelmäßig.

Die Arbeitermassen Frankreichs wie auch Deutschlands und anderer kapitalistischer Länder treten unserer Partei bei und unterstützen sie, sobald nur irgendeine den Massen in die Augen springende Arbeit geleistet wird, sie findet sofort Widerhall in den Massen, die Massen schließen sich zusammen, treten in die Kommunistische Partei und die unter ihrer Führung stehenden revolutionären Organisationen ein. Doch infolge der schlechten, unbolshewistischen Arbeit dieser Organisationen verlassen die revolutionären Arbeiter ihre Reihen.

#### IV

#### Schlußfolgerungen und die Aufgaben der Sektionen der KI

Vermittels der kommunistischen Ideen, einer richtigen Linie und Taktik sowie eines entschlossenen Kampfes gegen die Bourgeoisie, die Sozialdemokraten, die Reformisten, die Faschisten und Renegaten ziehen die kommunistischen Parteien die breitesten Massen in den kapitalistischen Ländern und in den Kolonien auf ihre Seite herüber. Das zeigt jenen starken ideologischen Einfluß, den die kommunistischen Parteien aller Länder auf die breiten Massen besitzen. Aber diesen Einfluß zu verankern, haben sogar die besten unter den KI-Sektionen der kapitalistischen Länder, wie die KP Deutschlands und die KP Frankreichs, noch nicht gelernt. Die Ursachen hierfür sind, wie vorstehend aufgezeigt, das Durcheinander im Parteaufbau,

das schlechte Funktionieren der Parteiorganisationen, der Mangel an Präzision in der Arbeit, der Mangel an Führung, Instruierung und Kontrolle der Arbeit der Kommunisten und der kommunistischen Fraktionen in den proletarischen Massenorganisationen; die Unfähigkeit zur Organisierung und Führung von Massenkampagnen gleichzeitig durch die ganze Partei, und zur organisatorischen Verankerung der Ergebnisse dieser Kampagne in jenen Massenorganisationen, wo es Kommunisten und Sympathisierende gibt; schließlich noch der Umstand, daß man es nicht fertig bringt, nicht wünscht und nicht fähig ist, Schluß zu machen mit jenen Genossen, die die Partei hindern, ihre Organisationen auf die Betriebszellenbasis umzustellen. Wie ließen sich sonst die Ursachen der Fluktuation der Parteimitglieder erklären, die zu einer dauernden Erscheinung in allen kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder geworden ist? Besonders alarmierend ist, daß nicht selten mehr Mitglieder aus den kommunistischen Parteien austreten, als ihr beitreten. Die revolutionären Arbeiter streben der kommunistischen Partei zu, in der Hoffnung, in ihr eine gut funktionierende Organisation zu finden, die alle ihre Anforderungen zu befriedigen vermag und ihre ganze revolutionäre Energie auszunützen versteht. Da sie das nicht finden, verlassen die revolutionär gesinnten, aber noch nicht genügend klassenbewußten Arbeiter die Reihen der Partei.

Können sich die kommunistischen Parteien mit dieser Lage abfinden?  
Natürlich nicht.

Das letzte Plenum der Exekutive der KJI, das Erweiterte Präsidium der Komintern und das Märzplenum des ZK der KP Deutschlands haben, ohne den Kampf gegen die rechte Gefahr, als die Hauptgefahr, abzuschwächen, energisch Kurs genommen auf die gleichzeitige Liquidierung des Sektierertums und der „linken“ Phrase im KJV und in den Parteiorganisationen, auf die Leistung einer mühsamen „Klein“arbeit in den Massen und in den Massenorganisationen unter gleichzeitiger Führung eines schonungslosen Kampfes gegen den Opportunismus in der Praxis. Es gilt, nicht nur in Worten sondern in der Tat systematisch und energisch nachstehende Maßnahmen durchzuführen, ohne die eine organisatorische Erfassung der Massen unmöglich ist, und dadurch den ungeheuren ideologischen Einfluß, den die Sektionen der KI besitzen, zu verankern:

1. Studium der Ursachen, die für die Schwächung der Positionen in den Großbetrieben und in den reformistischen Gewerkschaften Deutschlands maßgebend sind; des schwachen Wachstums der roten Gewerkschaften, des Rückgangs der Mitgliederzahl; der nachlässigen Haltung der Parteiorganisationen gegenüber den Komitees zur Verteidigung der „Humanité“ in Frankreich. Dabei sind diese Erscheinungen unter umfassender Ausnützung der Methoden der Selbstkritik zu untersuchen, Maßnahmen zu ihrer Abstellung auszuarbeiten und die Resultate der Untersuchung sowie diese Maßnahmen zum Gemeingut der gesamten Partei zu machen.

2. Rücksichtsloser Kampf gegen das „linke“ Sektierertum und die „revolutionäre“ Phrase, ohne gleichzeitig den Kampf gegen die Träger der rechten Gefahr, die bis jetzt noch die Hauptgefahr in der Theorie und Praxis der Parteien selbst ist, abzuschwächen; dieser Kampf ist im Gegenteil noch zu verstärken. Ohne diesen energischen Kampf ist ein Ausbau und

eine Verbesserung der Arbeit in den Massen sowie die Durchführung der Taktik „Klasse gegen Klasse“ unmöglich.

3. Sorgfältige Organisierung systematischer Kampagnen der gesamten Partei gegen die Sozialdemokraten und die Reformisten durch alle Verbindungsorgane der Partei mit den Massen. Ohne einen erfolgreichen Kampf gegen die Sozialdemokraten und Reformisten läßt sich die Taktik „Klasse gegen Klasse“ nicht erfolgreich durchführen.

4. Im Kampf gegen das angreifende Kapital und seinen Schildträger, die Sozialdemokraten und Reformisten, ist es notwendig, die richtige Losung und das bei der erfolgreichen Mobilisierung der Massen erprobte Mittel der proletarischen Einheitsfront von unten, u. a. auch mit den noch hinter den Sozialdemokraten stehenden Arbeitern, zu aktivieren.

5. Es muß aufgeräumt werden mit dem nachlässigen Verhalten gegenüber dem Parteaufbau und mit der Trennung der politischen von den organisatorischen Fragen. Der Wirrwarr im Parteaufbau und das schlechte Funktionieren der Parteiorganisationen usw. rührt von der Trennung zwischen Politik und Organisation sowie von jener Mißachtung her, auf die bis jetzt noch der Parteaufbau in allen Gliedern sämtlicher Parteien der kapitalistischen Länder stößt. Die Erfahrungen der KPdSU haben bewiesen, daß nur die Kombination einer richtigen Politik mit einer guten Organisation und einer energischen Arbeit den Feind besiegen und den Sozialismus aufbauen kann.

6. In der gegenwärtigen Situation kommt besondere Bedeutung dem Aufbau des Fundaments der Partei in den Betrieben und dem Verzicht auf die sozialdemokratische Organisationsform im Aufbau der Parteiorganisationen nach dem Wohnort der Parteimitglieder zu. Nur bei Umstellung der Orgformen der Parteiorganisation und Bildung von Betriebszellen wird es mit Erfolg gelingen, das Schwergewicht der Parteiarbeit in die Betriebe zu verlegen. Bisher wurde in keiner einzigen Sektion der KI die Umstellung der Partei auf die Grundlage der Betriebszellen durchgeführt. Nicht alle im Betrieb tätigen Kommunisten sind der bestehenden Zelle angeschlossen, in vielen Betrieben sind die Kommunisten überhaupt noch nicht zu Zellen vereinigt. Zahlreiche bestehende Betriebszellen entfalten eine schwache Tätigkeit. In den besten Sektionen der KI gehören den Betriebszellen im Durchschnitt wohl kaum mehr als 20 Prozent aller in den Betrieben arbeitenden Parteimitglieder an. Die KP Deutschlands hätte ohne Verzug die Verbindung mit den Betrieben ausnützen müssen, in denen bei den Betriebsrätewahlen selbständige Listen der Gewerkschaftsopposition aufgestellt wurden und in denen es noch keine Parteizellen gibt, um solche zu bilden. Dasselbe hätte auch die KP Frankreichs tun müssen. Sie hätte alles mögliche tun müssen, um sich mit jenen Komitees zur Verteidigung der „Humanité“ in den Betrieben zu verbinden, die sich noch nicht ebenso spontan aufgelöst hatten, wie sie entstanden waren, um durch sie Betriebszellen in den Betrieben zu bilden.

7. Es muß energisch Schluß gemacht werden mit jenen sozialdemokratischen Ueberresten, die die Probleme der Arbeiterbewegung in Einflusssphären gliedern, wie: die Partei befaßt sich mit der Politik, die Gewerkschaft (Gewerkschaftsopposition oder kommunistische Fraktion in den Gewerkschaften) befaßt sich mit dem wirtschaftlichen Kampf. Diese höchst

schädliche Trennung findet man noch in zahlreichen Parteien und in einigen Ortsorganisationen der besten Sektionen der KI (der deutschen, der französischen u. a.). Die großen prinzipiellen Gewerkschaftsfragen (Tariffragen, Fragen der Taktik und der Arbeit der Betriebsräte, Streiktaktik, Organisation von Kampfleitungen, Ausarbeitung von Forderungen bei der Revision von Tarifverträgen vor Streiks usw.) müssen in den zuständigen Parteiorganisationen je nach der Wichtigkeit der Frage, der Größe des Betriebes und der Anzahl der Arbeiter, die diese zur Beratung stehende Frage angeht, behandelt werden. Ueber die Beschlüsse der Parteiorganisationen in Fragen der Gewerkschaftsbewegung, wie natürlich auch in anderen wichtigen Fragen, sind die Genossen, die die gefaßten Beschlüsse praktisch durchzuführen haben, nicht nur in Kenntnis zu setzen, sondern auch zu instruieren, wie sie sie den Massen leichter verständlich machen können. Zur Durchführung der gefaßten Beschlüsse müssen Betriebsräte, Partei- und Gewerkschaftspressen, Organisatoren, Propagandisten und Agitatoren mobilisiert werden. Sie alle müssen in eine Kerbe hauen.

Es genügt nicht, Beschlüsse zu fassen und Instruktionen zu erteilen, wie sie durchzuführen sind. Notwendig ist auch noch, daß die Parteiorganisationen die Durchführung der Beschlüsse kontrollieren, und zwar durch eine spezielle Prüfung an Ort und Stelle oder durch Entgegennahme von Berichten der verantwortlichen Genossen oder der Fraktionen über die Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Nur auf diese Weise lassen sich die Parteiorganisationen und alle revolutionären Arbeiter zur Durchführung der wichtigsten Kampagnen mobilisieren. Nur auf diese Weise kann man sowohl die Parteiorganisationen als auch die proletarischen Massenorganisationen beleben, in denen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter tätig sind.

8. Es ist unstreitig, daß auch die Arbeit der roten Gewerkschaften, wo sie bestehen, verbessert und ihr Bestand vergrößert werden muß. Der Bestand der roten Gewerkschaften Frankreichs hat sich nicht merklich vergrößert, obwohl sie auf Grund unvollständiger Angaben in den letzten zwei Jahren 1500 Streiks führten, an denen sich mehrere hunderttausende Arbeiter beteiligten, wobei über die Hälfte der Streiks in der einen oder anderen Weise zugunsten der Arbeiter endete. Es ist notwendig, die Gewerkschaftsopposition zahlenmäßig und organisatorisch zu verstärken, ihre Arbeit wie auch die Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den roten und den reformistischen Gewerkschaften zu verbessern. Dann werden sie der vor ihnen und den kommunistischen Parteien aller kapitalistischen Länder, der Kolonien und Halbkolonien stehenden dringenden Aufgabe der Vorbereitung und Führung des selbständigen Wirtschaftskampfes des Proletariats gewachsen sein. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist es notwendig, die Arbeit in den reformistischen und den christlichen Gewerkschaften jener Länder, wo selbständige rote Gewerkschaften bestehen, ganz besonders aber in jenen Ländern, wo nur reformistische und christliche Gewerkschaften bestehen, zu verbessern und zu verstärken. Es muß in den reformistischen und den anderen nicht roten Gewerkschaften um jede Wahlfunktion gekämpft werden, wenn an den Wahlen Massen teilnehmen, so vor allem in den Fabriken und Betrieben.

Es muß Schluß gemacht werden mit den hohlen Phrasen des „linken“

Sektierertums und ein unermüdlicher und unversöhnlicher Kampf geführt werden gegen den Opportunismus, gegen die rechte Abweichung in der Praxis, gegen die Anpassungsbestrebungen der Kommunisten und der Anhänger der Gewerkschaftsopposition an die Bürokraten in den Gewerkschaften. Nur auf diese Weise läßt sich die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften verstärken, lassen sich Wirtschaftskämpfe des Proletariats auch in jenen Ländern erfolgreich organisieren und selbständig führen, wo es noch keine roten Gewerkschaften gibt.

\*

Es gehörte nicht zur Aufgabe dieser Broschüre, auf die Errungenschaften und Erfolge der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, die in den letzten Jahren zweifelsohne zu verzeichnen sind, ausführlich einzugehen. Die breiten Massen sehen in den kommunistischen Parteien ihren revolutionären Führer, sonst hätten sie nicht den kommunistischen Parteien ihre Stimmen gegeben, wären nicht ihrem Ruf gefolgt und auf die Straße gegangen. Entscheidend für den gegenwärtigen Moment ist, daß die kommunistischen Parteien es noch nicht gelernt haben, die Parteimitglieder zu aktivieren, die Arbeit unter ihnen zu verteilen, sie in den Fabriken und Betrieben in Zellen und in den Arbeitermassenorganisationen in Fraktionen zu vereinigen, sie gründlich zu instruieren, wie man bei der Arbeit unter den Massen die richtige Parteilinie durchführt, wie man unsere Taktik elastisch gestaltet und sich jenen Massen anpaßt, unter denen die Parteimitglieder arbeiten, wie man die Parteimitglieder mit dem Material versorgt, das sie bei ihrer mündlichen Agitation unter den Massen — unter den Unorganisierten, unter den in den reformistischen und den christlichen Gewerkschaften organisierten Massen verwerten und wie man unter den Arbeitermitgliedern der sozialdemokratischen, der christlichen und der nationalfaschistischen Organisationen arbeitet, mit einem Wort, wie man diesen ständig zunehmenden Einfluß organisatorisch auf bolschewistische Weise verankert.

In dieser Broschüre wurden die Ursachen der aufgezählten Erscheinungen untersucht. Es wurde der Versuch gemacht, aufzuzeigen, wie sie beseitigt werden können. Die kommunistischen Parteien müssen und werden zu wirklichen Organisationen der breitesten Arbeitermassen werden.

---

VON DEMSELBEN AUTOR SIND FRÜHER ERSCHIENEN

**ORGANISATORISCHE FRAGEN**

64 Seiten      8 graphische Darstellungen      Kartoniert Mark 0.80

**DIE ORGANISATIONSARBEIT IN DEN  
KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN DER  
KAPITALISTISCHEN LÄNDER**

70 Seiten      Kartoniert Mark 0.80

---

VERLAG CARL HOYM NACHF. / HAMBURG - BERLIN

---

21. 11. 88

---

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

---

Band 1

E. JAROSLAWSKI

AUS DER GESCHICHTE DER  
KOMMUNISTISCHEN PARTEI  
DER SOWJETUNION

1. Teil: Von der Narodnikbewegung bis zum  
imperialistischen Krieg

Aus dem Inhalt: Bis zur Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft  
Die Narodnikbewegung / Von der Gruppe „Befreiung der Arbeit“  
zum ersten Kongreß der SDAPR / Der Kampf der „Iskra“ / Am Vor-  
abend der ersten russischen Revolution. Ihre Voraussetzungen und  
Ursachen / Der tatsächliche Zustand der bolschewistischen Partei  
in der Periode der ersten Revolution / Vereinigungsversuche der  
Bolschewiki mit den Menschewiki / Die Periode der Reaktion und des  
Rückzuges der Revolution / Die Periode des neuen Aufschwunges usw.

366 Seiten . . . . . Kartoniert 3.– Mark, gebunden 4.20 Mark

Band 2

J. L E N Z

DIE II.INTERNATIONALE UND  
IHR ERBE

1889 bis 1929

Aus dem Inhalt: Die Blütezeit der II. Internationale 1899–1904  
Die opportunistische Entartung 1904–1914 / Der Zusammenbruch  
der II. Internationale und die Entstehung der III. Internationale  
1914–1918 / Die Entwicklung der kommunistischen Weltpartei und  
die Galvanisierung des Leichnams der II. Internationale / Die Inter-  
nationale der kapitalistischen Reaktion und die Internationale der  
proletarischen Revolution usw.

302 Seiten . . . . . Broschiert 3.– Mark, gebunden 4.20 Mark

Es ist heute notwendiger als jemals, die Fragen der  
internationalen Politik und Organisation der Arbeiter-  
klasse gründlich zu durchdenken

Ausführliche Prospekte auf Wunsch kostenlos

---

VERLAG CARL HOYM NACHF. / HAMBURG – BERLIN NW 6

7

W. I. LENIN

ÜBER  
ORGANISATIONSFRAGEN

Dieser Sammelband enthält Artikel sowie Bruchstücke aus den Reden und Schriften Lenins, die sich mit organisatorischen Fragen beschäftigen und gibt damit eine Darstellung der organisatorischen Prinzipien Lenins.

Aus dem Inhalt: Die dilettantische Stümperei der Oekonomisten und die Organisation der Revolutionäre / Aus „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ / Sollen wir die Revolution organisieren? / Über die Reorganisation der Partei / Die Organisationsfrage / Über die Liquidierung des Liquidatorentums / Eine der Hauptbedingungen des Erfolges der Bolschewiki Einmütige Arbeit, einheitlicher Wille / Über die Einheit der Partei / Über die Parteisäuberung Lenins Vermächtnis in Organisationsfragen für die Sektionen der Kommunistischen Internationale usw.

136 Seiten

kart. RM. 1.50

---

VERLAG FÜR  
LITERATUR UND POLITIK  
WIEN / BERLIN SW 61



380/80/400764  
X13<8040076400015

